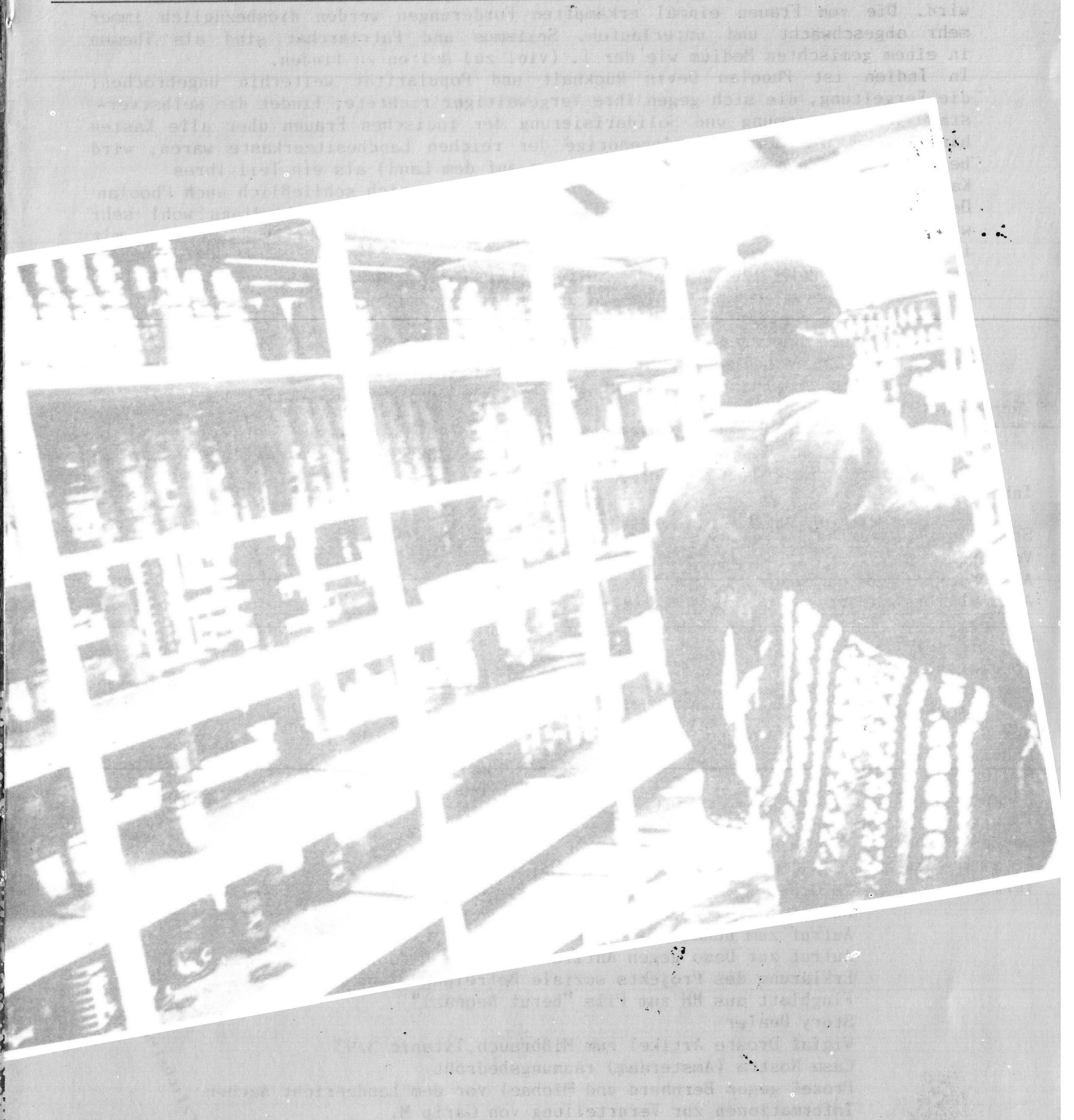
INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Nr. 274

17. Februar 1994

Durch Zufall sind wir im Sommer auf einen Zeitungsartikel gestoßen, in dem in Kürze über Phoolan Devi berichtet wurde, die im Knast an Krebs erkrankt war und mittlerweile ihre Begnadigung forderte.
Unsere Neugierde führte uns bald zu dem Buch, das über sie in deutsch erschienen war. Ihre Lebensgeschichte beeindruckte uns darin so, daß wir dem im Heft einen größeren Raum geben wollten. Ihren Mut und ihren Widerstand sehen wir darin als einen Ausschnitt aus Frauenkämpfen, von denen wir meist nur wenig erfahren, die uns aber sehr wichtig sind.
Mit der letzten Endes ziemlich lang gewordenen Folge wollten wir andererseits auch eine inhaltliche Lücke im Heft (ein bischen) füllen: Uns nervt, daß eine Auseinandersetzung um Vergewaltigung und patriarchalem Verhalten meist erst dann passiert, wenn die nächste Vergewaltigung innerhalb der Szene aufgedeckt wird. Die von Frauen einmal erkämpften Forderungen werden diesbezüglich immer mehr abgeschwächt und unterlaufen. Sexismus und Patriarchat sind als Themen in einem gemischten Medium wie der I. (viel zu) selten zu finden.
In Indien ist Phoolan Devis Rückhalt und Popularität weiterhin ungebrochen: die Vergeltung, die sich gegen ihre Vergewaltiger richtete, findet die selbstverständliche Zustimmung und Solidarisierung der indischen Frauen über alle Kasten hinweg. Daß die Getöteten Angehörige der reichen Landbesitzerkaste waren, wird bei den Frauen und Männern (und nicht nur auf dem Land) als ein Teil ihres Kampfes verstanden. Die indische Frauenbewegung hat sich schließlich auch Phoolan Devis und ihrer Forderung nach Begnadigung angenommen - allerdings wohl sehr widersprüchlich: Als bürgerliche Frauenbewegung solidarisieren sie sich mit ihrem Widerstand. Sie haben jedoch Angst ihren mühsam erkämptten Einfluß in der Öffentlichkeit zu verlieren, indem sie eine "blutrünstige Mörderin" (wie sie in den herschenden Medien dargestelt wird) unterstützen. Zumal eine, die Angehörige ihrer eigenen (bürgerlichen) Klasse getötet hat.
Die männlichen Genossen aus Phoolan Devis Bande befinden sich mittlerweile alle in Freiheit. Sie selber wird von der Regierung, die sich weidert den Prozess gegen sie zu eröffnen immer noch als Geisel gehalten. Offensichtlich hat sie Patriarchat und Ausbeutung an einem sensiblen Punkt getroffen. Unterstützen wir ihren Kampf um Freiheit. Free Phoolan Devi.
Den vierten Teil Biographie findet ihr auf Seite 18. Die Teile 1-3 wurden in den Nummern 266,268 und 270 veröffentlicht.

Inhalt:

Falls ein Text weder im Heft, noch im Ordner erscheint, so ist er aus Platzgründen verschoben.

Im Ordner:

herzlichsten Schokoladen-Dank!!!

Stellungnahme einiger Frauen und Männern aus dem UnterstützerInnenkreis zum "Fall Kaindl"

Anderthalb Jahre, nachdem der Funktionärs der rechtsradikalen "Deutschen Liga" (DL), Gerhard Kaindl, bei einer Auseinandersetzung in einem Chinarestaurant in Berlin ums Leben kam und Thorsten Thaler schwer verletzt wurde, fahndet der Staatsschutz mit Hochdruck nach angeblich Tatbeteiligten.
Ihnen wird Mord, Beihilfe zum Mord, Mordversuch und schwere Körperverletzung vorgeworfen.
Im April 1992 wurde ein Treffen von vier hochkarätigen Berliner Neonazis und drei "Geschäftsfreunden" aus Westdeutschland angegriffen. Die vier BerlinerInnen waren:
- Gerhard Kaindl, erst Republikaner-Funktionär, dann Schriftführer der DL
- Thorsten Thaler, wechselte vom Fraktionsführer und Pressesprecher der Republikaner 1991 zur DL, schreibt für die "Junge Freiheit", Deutschlands auflagenstärkste mittlerweile wöchentlich erscheinende rechtsextremistische Zeitung
- Gabriele Hartung, Bundesvorstand der DL
- Carsten Pagel, ehem. Rep-Landesvorsitzender, mittlerweile DL, verantwortlicher Chefredakteur der "Jungen Freiheit".

Wer die "Geschäftsfreunde waren, wird sich wahrscheinlich im Prozeß herausstellen.

Seit Mitte November 93 finden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt. Mittlerweile sind fünf türkische und kurdische AntifaschistInnen, vier Männer und eine Frau, in Haft. Mindestens sechs weitere werden noch gesucht. Eine massive Präsens von uniformierten und zivilen PolizistInnen in Kreuzberg, dutzende Durchsuchungen und Zeugenvorladungen begleiten diese Ereignisse.
Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten. Dieser wurde seit Dezember auf der berüchtigten Psychologisch-Neurologischen Abteilung des Männerknasts Tegel gefangengehalten und beging dort einen Selbstmordversuch. Im Februar wurde er dann in die Karl-Bonhoeffer- Nervenklinik eingewiesen. Er ist in einem völlig apathischen Zustand und nicht ansprechbar. Wir wissen bis zum heutigen Tag nicht, wie seine Aussagen zustande kamen, noch haben die Anwälte der Beschuldigten diese Aussagen zu Gesicht bekommen.
Von ganz besonderer Brisanz ist die Tatsache, daß der Berliner Staatsschutz Ermittlungsergebnisse und Namen Berliner AntifaschistInnen an die Neonazis der "Deutschen Liga" weitergab. Die Parteizeitung der DL vermeldete, daß " sämtliche acht Täter ermittelt seien", alle der "türkischen Gruppe Antifasist Genclik" zuzuordnen seien und Namen und Anschriften bekannt seien. Thorsten Thaler äußerte gegenüber der taz, daß ihm bei einem Verhör durch den Berliner Staatsschutz Namen und andere persönliche Daten, sowie Autonummern der Beschuldigten übermittelt wurden. (taz vom 19.11 und 28.11.93)
Mit welcher Absicht wurden dem rechtsextremen Spektrum diese Daten zugespielt?
Die DL arbeitet mit der sg. "Anti-Antifa" zusammen, die in ihrer Zeitung "Einblick" im letzten Jahr Listen mit Namen und Adressen von andersdenkenden, engagierten Menschen veröffentlichte und dazu aufrief, diese gnadenlos zu bekämpfen.
Eine Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen bezügl. der Zusammenarbeit vom Staatsschutz und Faschisten steht noch aus.

Zur Aktion

Antifaschistische Arbeit hat viele Aspekte. Den seit der "Wiedervereinigung" Deutschlands immer offensichtlicher werdenden nationalen Konsens zu kippen, bedarf es Initiativen an allen Ecken und Enden. Antifaschististische Gegenkultur in Form von Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Demos, Veranstaltungen, Zeitungen, Cafes...), Unterstützung der Arbeit von Flüchtings- und MigrantInnengruppen, Schutz von Flüchtlingsheimen, Verhinderung von Faschistentreffen und Aufmärschen, Angreifen faschistischer Infrastruktur sind Beispiele antifaschistischen Handelns.
Der Angriff auf die Nazikader im Chinarestaurant im April 1992 gehört dazu.
Wir werden nicht zulassen, daß eine Handlungsform gegen eine andere ausgespielt wird.

Die Fahndungswut nach mutmaßlichen Tätern nach anderthalbjährigen Fahndungsfrust wundert uns nicht. Im "Fall Kaindl" wird versucht, gestützt auf bisher geheimgehaltene Zeugenaussagen, antifaschistische Zusammenhänge im allgemeinen und öffentlich auftretende türkische und kurdische AntifaschistInnen im Konkreten mundtot zu machen und einzuschüchtern: ImmigrantInnen, die sich weigern, nur Opfer zu sein, wegzulaufen und zu schweigen.

Unabhängig davon, wer immer die Menschen waren, die die Nazis im Chinarestaurant angegriffen haben, wollen wir einige Worte zu dieser Aktion sagen:

Allen, die sich auch nur ein wenig in die Situation hineinversetzen können, wird klar sein, daß diese Aktion eine sehr spontane Reaktion auf die ungeheuerliche Provokation eines Treffens führender Nazi-Funktionäre in einem Lokal am Rande Kreuzbergs war, in deren Situationsdynamik Kaindl so schwer verletzt wurde, daß er starb.

Diese Aktion hätte in jeder anderen Stadt genau so passieren können und alle, die schon einmal vergleichbar spontan reagiert haben, wissen das.
Es wundert uns heute, daß es in den vielen bisherigen Auseinandersetzungen mit FaschistInnen nicht schon früher Tote unter ihnen gegeben hat. Wohl aber gab es Tote auf antifaschistischer Seite, weil die Nazis eine derartige Brutalität an den Tag legen, die Tote von vornherein einkalkuliert.
Nach dem Fall der Berliner Mauer war der Ostberliner Alexanderplatz eine zeitlang Treffpunkt militanter Nazi-Skins, bis sich das durch das Eingreifen zahlreicher, v.a. "ausländischer" Jugendlicher veränderte. Eine Tatsache, die oft positiv in antifaschistischen Publikationen Berlins erwähnt wurde. Auch bei diesen z.T. harten Auseinandersetzungen gab es durch Messerstiche schwerverletzte Skins, und es ist mehr oder weniger nur ein Zufall, daß keiner der Rechten dort starb. Es ist verlogen, solche Aktionen positiv hervorzuheben und gleichzeitig zur Aktion im Chinarestaurant kein Wort zu verlieren, da Mann/Frau sich bei letzterer auch mit den Konsequenzen der Aktion auseinandersetzen und dazu Stellung beziehen müßte.

Keine antifaschistische Kraft in diesem Land konnte bisher verhindern, daß rassistische/faschistische Pogrome, Brandstiftungen und Morde stattfanden und weiterhin stattfinden. Menschen, die von faschistischer Gewalt stärker/lebensgefährlicher bedroht sind als wir, werden unter Umständen andere Formen von Widerstand in ihre Überlegungen einbeziehen als die weiße deutsche Antifa, die ihren Arsch relativ im Trockenen hat, es bislang tut.
Es ist aber Aufgabe aller AntifaschistInnen, dafür zu sorgen, daß der faschistische Terror nicht noch mehr Opfer fordert. Mit allen Mitteln, die nötig und angemessen sind.
Die Aktion im Chinarestaurant ist nicht vergleichbar mit einer lang geplanten (Kleingruppen)aktion, bei der Vorgehen, Form und Ergebnis vorher genau bestimmt werden können (obwohl auch dann der Tod eines Angegriffenen nicht 100%ig ausgeschlossen werden kann, sei es, daß ein Schlag anders als beabsichtigt trifft oder durch unglückliches Fallen).
Wir reden hier nicht von der vorsätzlichen Tötung von Faschisten. Uns ist nicht bekannt, daß derzeit die Tötung von Nazis als politische Strategie gegen faschistischen/rassistischen Terror diskutiert wird..
Auch nach der Aktion im Chinarestaurant gab es keine derartigen Stellungnahmen, weder von Beteiligten noch von anderen.
Wir reden von spontanen, meist sehr emotionalen Situationen, wie sie angesichts des massiven Auftretens von Nazis in bestimmten Gegenden jeden Tag zustande kommen können.
Wir sind uns im Klaren darüber, daß wir als AntifaschistInnen, die praktische Aktionen gegen FaschistInnen befürworten, auch die Fehler und Ungenauigkeiten solcher Aktionen mitzuverantworten haben.
Ob und welche Fehler bei der Aktion gegen die Nazis im Chinarestaurant gemacht wurden, können nur die aufarbeiten, die an der Aktion beteiligt waren.
Die Tötung eines Menschen ist keine Sache, die auf die leichte Schulter genommen werden kann. Auch damit werden sich die beteiligten Menschen auseinandersetzen müssen.

Sie sollen wissen, daß es AntifaschistInnen und Antifaschisten gibt, die sie damit nicht allein lassen. Wir werden uns von Menschen, die die oft propagierte antifaschistische Losung, nicht nur die kleinen Mitläufer, sondern v.a. die führenden Köpfe der faschistischen Bewegung anzugreifen, ernst genommen und gehandelt haben, nicht distanzieren!

Basierend auf Einfühlungsvermögen und dem Bemühen um realistische Einschätzung solcher Situationen wie der im Chinarestaurant, drücken wir ihnen unsere volle Solidarität aus.
Wir fordern alle AntifaschistInnen auf, sich eindeutig mit denjenigen zu solidarisieren, die in antifaschistischen Auseinandersetzungen stehen, auch wenn sie andere Aktionsformen gewählt haben!
Wir fordern ferner alle auf, nicht dazu beizutragen, daß hier stellvertretend für alle aktiven AntifaschistInnen, Menschen für 10 Jahre oder länger in den Knast kommen!
Keine Spekulationen, keine Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden!
Helft den gesuchten und gefangenen AntifaschistInnen!

Spendet auf das Konto der Roten Hilfe:
R.Stüker, Stichwort "Antifa"
Kontonr. 240 297 679, Sparkasse Berlin
BLZ 100 500 00



Berlin, den 9.Februar 1993

"erwarte keine andere antwort als die deine"
(brecht)

**ZUCKER IN DIE TANKS DER PROFITEURE DES RASSISMUS!
SABOTIERT DAS RASSISTISCHE ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ!**

letzte woche haben wir dem fuhrpark der lebensmittelfirma Drei König in schwäbisch-gmünd-bettringen einen besuch abgestattet. sie soll merken, daß ihr ihr drecksgeschäft teuer zu stehen kommt. wir haben diese firma angegriffen, weil sie ihre profite macht mit der belieferung von flüchtlingslagern. sie beteiligt sich am system der vom staat verordneten entrechtung und entwürdigung von flüchtlingen. sie liefert das schlechteste, das der markt zu bieten hat und sahnt dabei ab.

Drei König beliefert seit über einem jahr mehrmals das bezirkssammellager in reutlingen und andere flüchtlingslager in ba-wü. gerade jetzt werden firmen dieser art profitable morgenluft wittern, wenn in der gesamten brd das neue "asylbewerberleistungsgesetz"(alg) eingeführt wird. so wurde die firma seit anfang 1994 zum freßpaketlieferanten für die gesamten landkreise reutlingen und tübingen.

diesen profiteuren des rassismus und den politischen machern der rassistischen konzepte müssen wir einen strich durch die rechnung machen!!!

warum sabotieren wir die lieferfahrzeuge einer kleinen firma? diese zulieferfirma ist zwar nicht der zentrale punkt der abschiebemaschine, aber eines der vielen wichtigen glieder, mit denen die abschreckungspolitik gegen flüchtlinge erst machbar wird.

der rassistische konsens in dieser gesellschaft ist so weit fortgeschritten, daß nicht einmal mehr die menschenverachtendsten gesetze zur kenntnis genommen werden, geschweige denn einen merklichen protest derer hervorrufen, für die menschenrechte nicht nur propagandistische phrasen sind. das am 1.11.93 in kraft getretene alg ist teil der artikel 16 gg-verschärfung, d.h. der faktischen abschaffung des asylrechts. es ist die neueste spitze der rassistischen sondergesetzgebung. dieses gesetz verwehrt flüchtlingen das grundrecht auf einen mindestlebensstandart. indem sie aus dem sozialhilfegesetz ausgeschlossen werden, werden sie aus der gesellschaft der deutschen ausgeschlossen. in deutschland (und nicht nur hier) erwarten sie: aussonderung in lager, bevormundung, entrechtung, ablehnung, abschiebung.

nach diesem gesetz bekommen flüchtlinge nur noch freßpakete (von firmen wie Drei König), sog. taschengeld und ausrangierte kleider vom roten kreuz. hinzu kommt das arbeitsverbot auf dem "normalen" arbeitsmarkt und die zwangsarbeit zu noch ausbeuterischeren bedingungen.
medizinische hilfe wird ihnen nur noch in besonders akuten fällen gewährt, wogegen sie bei ihrer ankunft entwürdigenden zwangsuntersuchungen unterworfen werden. anspruch auf sozialhilfe sollen sie erst nach einem jahr aufenthalt in der brd erhalten, und das auch nur, wenn sie nicht einer sog. sammelunterkunft zugewiesen sind. die strategie ist durchsichtig: das neue asylverfahrenssystem sieht für diese menschen eine ausweisung bzw. abschiebung innerhalb weniger wochen vor.

in den bezirkssammellagern von ba-wü sowie in den sammellagern anderer bundesländer wird das sachleistungsprinzip seit über einem jahr praktiziert. die schreibtischtäterInnen wissen, welche folgen schlechtes und unangemessenes essen, bargeldentzug, gutscheinsystem im zusammenhang mit der lagerinternierung hatten und haben: proteste, essensverweigerung, hungerstreiks, illegale aneignung von lebensnotwendigem und auch resignation.

was bedeutet das alg im konkreten?

- die nach "wissenschaftlichen" ernährungstabellen zusammengestellten freßpakete von der lebensmittelfirma schreiben flüchtlingen nicht nur vor, was und wieviel sie essen sollen. sie sind eine form der sozialen entmündigung, wie sonst nur in verwahranstalten und knästen praktiziert werden. es gehört zu den grundbedürfnissen, selbst entscheiden zu können, was mensch kaufen, essen und trinken kann und will. der gesamte entzug gesellschaftlicher betätigungen wird flüchtlinge noch mehr als bisher in den für sie vorgesehenen ghettos und von der gesellschaft isolieren, von der zerstörerischen wirkung auf die individualität ganz zu schweigen. ein blick auf ein standardfreßpaket veranschaulicht ,welche geringschätzung flüchtlingen von deutschen entgegengebracht wird.

- das mittel des geldentzugs ist die offenste form von diskriminierung in einer gesellschaft, deren wichtigster kultureller fetisch das geld ist, in der nichts mehr zählt als geld und in der ein mensch ohne geld ein nichts, eine null ist. 80 dm taschengeld für einen erwachsenen menschen im monat sind das almosen, das diesen rassistischen zynismus veranschaulicht.

- obwohl der staat gelegentlich die "illegale" beschäftigung von immigrantInnen zu dumping-löhnen demonstrativ bekämpft, führt er mit dem alg ein syystem der zwangsarbeit ein. was es bisher nur in knästen gibt und für die "freien" deutschen in form einer "allgemeinen dienstpflicht" (früher: "reichs"arbeitsdienst) noch umstritten ist, wird nun an flüchtlingen vorexerziert: zwangsarbeit in den lagern oder in "gemeinnützigen" kommunalen oder staatlichen einrichtungen für zwei dm auf die stunde.

- die medizinischen leistungen sollen drastisch eingeschränkt werden. alles, was für deutsche normal ist, soll immigrantInnen verwehrt werden. wer nicht nachweisen kann, daß er/sie im sterben liegt, wird vergeblich nach medizinischer hilfe verlangen. galt bisher schon durch das"ausländergesetz" allein schon der bezug von sozialhilfe als ausweisungsgrund, so hat "der gesetzgeber" nun durch eine entsprechend perfide änderung des bundessozialhilfegesetzes dafür gesorgt, daß immigrantInnen und flüchtlinge nicht mehr in angemessener weise medizinisch behandelt werden. es sollen nur noch akut lebensbedrohliche oder ansteckende erkrankungen behandelt werden, nicht aber chronische erkrankungen aufgrund der lebensbedingungen, oder langfristige folgen von kriegsverletzungen oder folterleiden für die es in den herkunftsländern oft keine behandlungsmöglichkeiten gibt.

die umsetzung des alg war und ist nicht unumstritten. sie kommt staat und landkreisen teurer und verwaltungsaufwendiger als das alte system. doch es war nicht anders zu erwarten, daß gerade in ba-wü eine möglichst repressive linie von ober herunter durchgesetzt werden soll. besonders birzele, t.schäuble und repnik haben sich dafür ins zeug gelegt.

wie beim aufbau und betrieb der lager wollen sie sich auch das sachleistungsprinzip mehr geld kosten lassen als bei einer menschenwürdigeren variante nötig wäre. sie haben ihre eigene langzeitrechnung: mehr hetze, mehr bürokratie, mehr schikane und mehr unmenschlichkeit = mehr abschreckung. im zusammenspiel mit einer rigorosen ablehnungs- und abschiebepraxis steht zu befürchten, daß die staatliche rechnung durch einen zahlenmäßigen rückgang und eine zeitliche verkürzung der asylverfahren aufgehen wird. so werden ihre festungsträume zur brutalen realität werden.

mit dem alg konstruiert der staat eine gruppe von menschen - die flüchtlinge - denen hier kein recht auf ein menschenwürdiges leben zugestanden wird. sie werden in der sozialen hierarchie vorsätzlich noch unter die schwächsten deutschen gestellt. dieser offene rassismus, diese konstruktion der menschlichen minderwertigkeit, soll signalisieren, daß den privilegierten deutschen ihr reichtum erhalten bleibt und selbst die benachteiligsten deutschen noch etwas besseres sind als flüchtlinge. so formt der staat sein volk, dem dadurch kapitalistische rationalisierung, ausbeutung, sozialabbau, "solidarpakt" etc. erträglicher werden sollen. der staat spaltet und teilt menschen hierarchisch und versucht somit, der eh schon auf dünnen beinen stehenden solidarität unter den benachteiligten des systems den letzten halt zu nehmen.

im letzten jahr gab es mehr angriffe auf flüchtlinge, immigrantInnen, jüdInnen und andere von dieser gesellschaft ausgegrenzte als je zuvor. aus der rassistsichen mobilisierung, die von den herrschenden angezettelt wurde und von den faschisten auf die straße gebracht wurde, ist der staat als sieger hervorgegangen. die mehrheit der "anständigen" deutschen hat sich mit betroffenheit begnügt und dem staat das handeln überlassen. der staat hat ein paar faschistische organisation verboten und ein paar prozesse geführt und damit seine weste weiß gewaschen. so muß er die erfolge der rassistischen umgestaltung auch nicht mit den faschisten teilen. in der zwischenzeit haben die herrschenden ihr system der rassistischen sondergesetzgebung so perfektioniert ("europäisiert"), und ihre ideologisch dominante position in der gesellschaft so gefestigt, daß widerstand gegen ihre politik kaum noch möglich scheint.

es hängt aber auch an uns, gerade jetzt nicht zu resignieren und nicht aufzugeben. die durchsetzungskraft der herrschenden ist keine entschuldigung für die schwäche der antirassistischen bewegung. es wird zeit, daß die herrschenden die ihnen gebührenden antworten erhalten. diese antworten müssen aber auch im "superwahljahr" andere sein als stimmzettel.

wir rufen alle bediensteten in kommunalen und staatlichen einrichtungen zur sabotage des "asylbewerberleistungsgesetzes" auf! weigert euch, das sachleistungsprinzip umzusetzen!

wir rufen alle weißen antirassistInnen auf, eigenständig und zusammen mit flüchtlingen und immigrantInnen neue widerstandsformen zu entwickeln!

SCHAUT NICHT ZU, GREIFT EIN !!!

die drei weißen aus dem abendland

Im Ordner befinden sich weitere 10 Seiten Erklärung dieser Gruppe, die wir aus Platzgründen an dieser Stelle nicht bringen können.



Betr. diskriminierende und rechtswidrige Sachleistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz für Kriegsflüchtlinge in Berlin

In Lankwitz gibt es ein Wohnheim für **Kriegsflüchtlinge** aus Jugoslawien, wo entgegen der Ausführungsvorschrift des Landes Berlin zum AsylbLG die zur Gruppe des § 2 AsylbLG (analoge Anwendung des BSHG!) gehörenden Kriegsflüchtlinge mit Duldung nur **Sachleistungen** erhalten.

Träger ist das zur Paul Schneider Kirchengemeinde in Lankwitz (Telefon 775 10 11/12) gehörende Paul Schneider Jugendhaus e.V.. Die Gemeinde wollte etwas „Gutes" für Flüchtlinge tun, hatte sich vorher aber nicht über die Rechtslage sachkundig gemacht.

Das Heim ist in der Belßstr 92 in 12249 Berlin, Telefon 775 24 24.

Das Heim hat einen Vertrag zur Unterbringung der Flüchtlinge mit dem Sozialamt Steglitz.

Das **Sozialamt Steglitz** ist auch negativ aufgefallen durch Verweigerung von Bekleidungsbeihilfen an Kriegsflüchtlinge mit Duldung und **rechtswidrigen Verweis auf Spendenkammern** der Wohlfahrt.

Solche (diskriminierenden) Kleiderkammern betreiben zwecks Einsparung/Verweigerung von Kleidungsbeihilfen nach Sozialhilfegesetz

- **Hilfe mit Herz e.V.**, Limburger Str 11, Berlin-Wedding, Tel 453 90 54. Eine Frau Mattick ist sowohl im Vereinsvorstand als auch im Sozialausschuß der BVV Wedding. Der Verein kooperiert mit dem Unionhilfswerk e.V.

- **Arbeiterwohlfahrt**, Albrechtstr 7, Berlin Steglitz (möglicherweise inzwischen an anderer Anschrift) Tel 792 61 12

Die gewährten Kleidungsstücke bzw. ob die angebotene gebrauchte Kleidung ggf abgelehnt wurde, wird in beiden Kleiderkammern dem Sozialamt Steglitz auf dessen Formularen mitgeteilt. Beides führt zum Verlust des entsprechenden Anspruches auf Bekleidungshilfe beim Sozialamt. Dieses Verfahren ist rechtswidrig (§ 78 BSHG) und widerspricht den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. Bonn, des Zusammenschlusses aller Wohlfahrtsverbände. Dort wird unter Hinweis darauf, daß Flüchtlinge von Sozialämtern häufig rechtswidrig an Kleiderkammern der Wohlfahrtspflege verwiesen werden, klar gesagt, daß die Kleiderkammern nur zusätzliche Hilfen zur Sozialhilfe gewähren sollen, und daß keinesfalls dem Sozialamt die gewährten Hilfen mitgeteilt werden soll. (Stellungnahmen aus dem Jahr 1986 sowie vom 5.11.1991).

Bedauerlich, daß die AWO, die Mitglied dieses Gremiums ist, in Steglitz gegen ihre eigenen Beschlüsse verstößt.

---

schweizer meisterInnenschaft 1994 im
automobilbrennsport (ABS)

spielbericht

ja, wir haben eine bonzenkarre abgefackelt!

unser **volkssportklub** heisst (aus zeitungsbuchstaben zusammengekleistert)

FC BENGALEN

marke u. typ. sowie **listenpreis** des in mitleidenschaft gezogenen autos (bitte kleben)

PORSCHE 911, MERCEDES

200 000.—

resultat (unterstreichen)= gewonnen unentschieden verloren

hier **tag** ankreuzen= 6 13 20 27 / 7 14 21 28 / 1 8 15 22 29 / 2 9 16 23 30 / 3 10 17 24 31 / 4 11 18 25 / 5 12 19 26

monat unterstreichen= januar februar märz april mai juni / juli august september oktober november dezember

wo? bitte einzeichnen!

wir wollen fairen sport!

---

schweizer meisterInnenschaft 1994 im
automobilbrennsport (ABS)

spielbericht

ja, wir haben eine bonzenkarre abgefackelt!

unser **volkssportklub** heisst (aus zeitungsbuchstaben zusammengekleistert)

FORZA BENZ BRENNT

marke u. typ. sowie **listenpreis** des in mitleidenschaft gezogenen autos (bitte kleben)



BENZ **75000 FR**

resultat (unterstreichen)= gewonnen unentschieden verloren

hier **tag** ankreuzen= 6 13 20 27 / 7 14 21 28 / X 8 15 22 29 / 2 9 16 23 30 / 3 10 17 24 31 / 4 11 18 25 / 5 12 19 26

monat unterstreichen= januar februar mär april mai juni / juli august september oktober november dezember

wo? bitte einzeichnen!

wir wollen fairen sport!

JAHRHUNDERTSCHLACHT ZUM FÜHRERGEBURTSTAG AM 20. APRIL '94 IN BERLIN ?

An Führers Geburtstag soll im vom Führer gebauten Stadion in des Führers Reichshauptstadt das Fußball-Länderspiel Deutschland contra England stattfinden. So der Deutsche Fußball Bund (DFB) nach einem Vorstoß des Berliner Senats in der letzten Januarwoche. Zuvor hatte Hamburg, der ursprüngliche Austragungsort, nach einer Warnung des Verfassungsschutzes das Spiel kurzerhand abgesagt.

Als "Jahrhundertschlacht" bezeichnen die Nazis ihren geplanten Aufmarsch gegen "England". Auch "Berlin freut sich auf den Klassiker", behauptet der Senat, der die Bevölkerung wie üblich von wichtigen Fragen ausschließt. Dabei kann sich der Senat wie immer auf die mehr oder weniger heimliche Zustimmung aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien verlassen. In der Tat, die Begeisterung über das "sportliche" Großereignis reicht bis weit über die Grenzen der Funktionärskaste hinaus. Das "deutsche Angriffsspiel" wird politisch wiederbelebt: Eine Absage des Spiels wird als "Einknicken vor rechten Gewalttätern" bezeichnet.

Auch Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, stößt in dieses Horn. Für ihn ist der 20. April "ein Tag wie jeder andere". Er hält es für eine "Kapitulation des Staates, wenn er ein Fußballspiel absagt, nur weil jemand Drohungen, egal gegen wen, ausspricht" und fordert nun die "auch militante Verteidigung der Demokratie". Warum sollen alle Versäumnisse im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Faschismus ausgerechnet am 105. Geburtstag von Adolf Hitler nachgeholt werden?

Der Präsident des Berliner Fußball-Verbands Otto Höhne ("Mit einem Geburtstagskalender aller Nazi-Größen im Kopf werden wir die Vergangenheit niemals bewältigen.") will mit einer Schutzstaffel von etwa 1000 "Sportskameraden" selbst für die Sicherheit im Stadion sorgen. In Zusammenarbeit mit dem Sportsenator versteht sich. Da soll der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben werden, offensichtlich weil man den Belzebub will. Zu Führers Geburtstagsparty wird den Nazis nicht nur eine Aufmarschgelegenheit geschenkt, sondern auch die deutsche Sportjugend sicherheitspolitisch gestählt. Diese Holzkopfdiplomatie bedeutet die Fortsetzung des Sports mit anderen Mitteln.

Von verfeinertem politischen Geschmack zeugt ein weiteres Präsent des Senats: An Führers Geburtstag soll mit dem Spiel, mit einem "wahren Volksfest", die Verabschiedung der Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition gefeiert werden. Das wird die Faschos mit der Welt versöhnen helfen. Und wie werden sich die Alliierten freuen, wenn die Brut, deretwegen sie gekommen waren, bei ihrem Gehen fröhlich Urständ feiert.

Es will sich der Eindruck aufdrängen, hier wird die Gelegenheit zu Krawallen provoziert, zum Wohle der "Law and Order"-Politik im Wahljahr. Biedermann und Brandstifter! Nach den vorauszusehenden Zusammenstößen von Faschisten und Antifaschisten wird wieder durch die Umkehrung von Tatsachen und das Leugnen der eigenen Urheberschaft ein Klima geschaffen werden, in dem sich reaktionäre Vorstellungen befördern lassen; ein Schulterschluß der Volksgemeinschaft in Ideologie und Polizeitaktik. Hier schließt sich der Kreis: So wie vor der Abschaffung des Asylrechts Flüchtlingsheime brennen mußten, soll nun Berlin brennen, damit die Gesetze zur Verschärfung der inneren "Sicherheit" den kläglichen Rest an parlamentarischem "Widerstand" passieren und breite Zustimmung erhalten.

Wir wollen versuchen, den geplanten Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Das Fußball-Länderspiel England gegen Deutschland darf nicht am 20. April '94 stattfinden.

Kein Länderspiel am 20. April
Nicht in Hamburg und Berlin, nicht sonstwo !

Das in Hamburg bereits erfolgreich verhinderte Fußball-Länderspiel zu Hitlers Geburtstag soll nun am 20. April im Berliner NOlympiastadion stattfinden. Dies nehmen wir hier auch nicht hin !

Der 20. April ist ein rechtsextremer 'Feier- und Aufmarschtag'. Fußball wird von Rechts genutzt für nationalistische und rassistische Auswüchse vielfältiger Art. Besonders seit der Kühnen Initiative (Rein in die Stadien) tummelt sich der Mob in den Stadien. Diese unsägliche Allianz mit dem Aufmarsch faschistischer Schlägertrupps, gewaltbereiter Hooligans aus der BRD und England, Tausendschaften schwerbewaffneter Bullen und Krawallen im Stadiumumfeld und weit darüber hinaus darf nicht zustande kommen !
Besonders makaber ist die Tatsache, daß den Nazis mit dem Olympiastadion auch noch ein symbolträchtiger Ort für ihre Feier mitgeliefert wird. Die Hamburger Proteste werden von den Verantwortlichen beim DFB und Senat nicht nur leichtfertig ignoriert, sondern vehement mit Füßen getreten. Hauptstadt- und Deutschlandwahn lassen grüßen...

Verhindern wir das Spiel ! !
Keine Bühne für Faschisten ! ! !

Deshalb laden wir zu einem Vorbereitungstreffen für mögliche und unmögliche Aktionen am **Dienstag, den 22.2. um 19.00 Uhr im Stadtteilladen Potzblitz (EX-Lunte), Weisestraße 53 U-Bhf Boddinstr.**

Anti-Rassistische Fan Koordination Berlin

Weg mit der (Zwangs)arbeit!

Januar 1994. Die Arbeitslosen bekommen ihre Änderungsbescheide. 3% weniger Stütze. Die Sozialhilfe ist eingefroren, in den Betrieben gibt es die ersten Nullrunden und massive Lohneinbußen. Die von der Bundesregierung und Unternehmern geplanten Sparmaßnahmen nehmen konkrete Züge an. Schon letztes Jahr wurde durch die Verschärfung des Asylrechts eine Gruppe von Menschen aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgenommen. Flüchtlinge, die noch nicht länger als ein Jahr hier leben, bekommen nur noch 80% des Regelsatzes und dies auch nur in Form von Sachleistungen.

Mit ihrer Propaganda von den "Sozialschmarotzern", der "Freizeitrepublik" und der "großen Krise" wollen sie in unsere Köpfe pflanzen, daß nur essen darf, wer auch arbeitet. Daß unsere Arbeitsleistungen zu niedrig und unsere Ansprüche zu hoch sind. Daß wir wieder mehr arbeiten müssen, um zu überleben und daß Gegenwehr eh nichts bringt, weil nichts zu holen ist.

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen"

Diese Erfahrung machen zur Zeit auch viele der ca. 200 000 Berliner SozialhilfeempfängerInnen. Mit der Begründung, daß die kommunalen Kassen leer seien, werden verstärkt SozialhilfeempfängerInnen zur Zwangsarbeit herangezogen.

Dabei schlagen sie mehrere Fliegen mit einer Klappe: Für die Sozialhilfe muß gearbeitet werden und die Lohnkosten für kommunale Aufgaben sinken drastisch. Wenn SozialhilfeempfängerInnen für Laubfegen, Malerarbeiten oder Alten- und Kinderbetreuung wesentlich weniger Lohn bekommen als ihre festangestellten KollegInnen und dazu wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen haben - dann ist das nicht nur schlecht für sie selbst, sondern übt auch Druck auf Löhne und Bedingungen der Festen aus.

Genau das war der Auftrag der UnternehmerInnen an die PolitikerInnen: Arbeit muß billiger werden. Und es muß mehr gearbeitet werden. Was ist da einfacher, als an der schwächsten Stelle anzusetzen und von da aus neue Bedingungen für alle durchzusetzen?

Schon einmal, Mitte der 80er, versuchte der Staat, Zwangsarbeit durchzusetzen. Durch massive Gegenwehr der Betroffenen und der vielen Sozi/Erwerbslosengruppen jener Zeit gelang es, die breite Einführung zu verhindern. Auch viele linke Projekte beteiligten sich an der Kampagne gegen die Zwangsarbeit. Heute beschäftigen viele dieser Projekte nach dem Wegfall von ABM- Stellen und Senatsgeldern selbst ZwangsarbeiterInnen und fragen nicht mehr nach der politischen Bedeutung von Zwangsarbeit, wenn es um ihr eigenes Überleben geht. Und gerade viele Aufmüpfige unter den SozialhilfeempfängerInnen suchen sich lieber solche Projekte für ihren Arbeitseinsatz, als irgendwo Laub zu fegen. Die Stadt sieht das gerne: Während sie in einer Laubfegekolonne wahrscheinlich für Unruhe sorgen würden, werden sie sich in einem alternativen Projekt irgendwie arrangieren und den staatlichen Plänen keinen Schaden zufügen.

Das eigene Einkommen thematisieren!

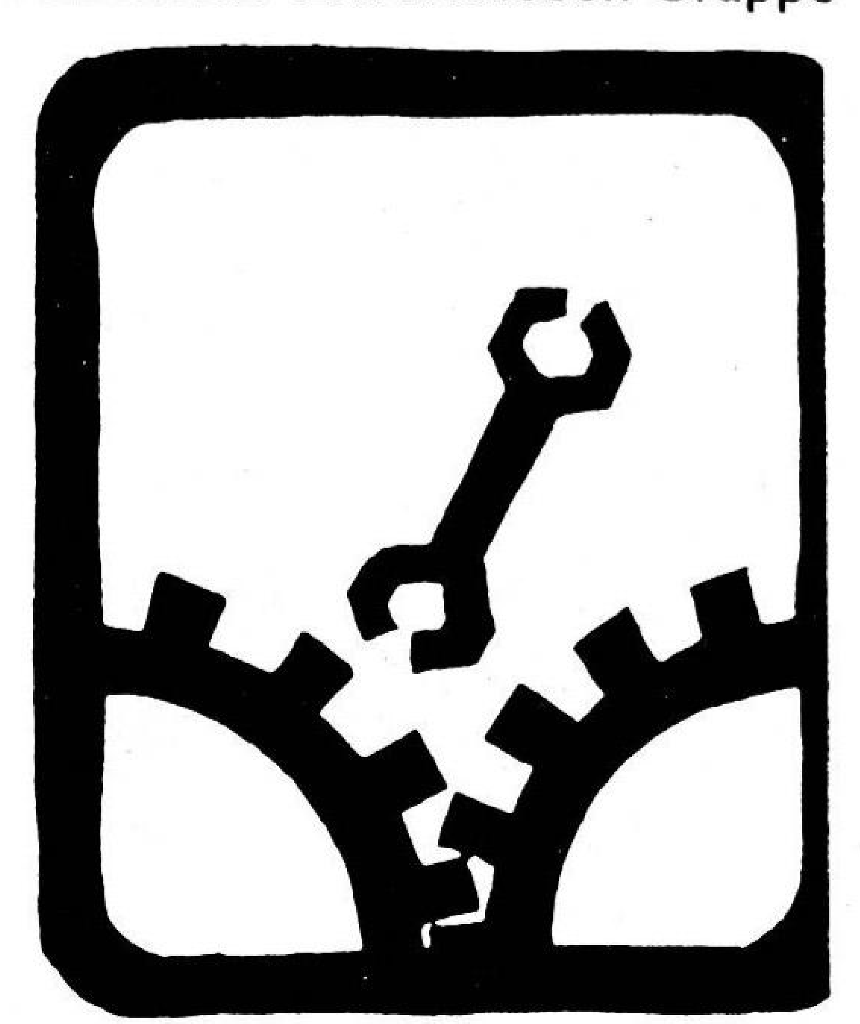
Es gibt bisher keine Strategie, das Zwangsarbeitsprojekt von unten zu kippen. Bisher wissen wir zu wenig über konkrete Arbeitssituationen, welche Firmen und Projekte ZwangsarbeiterInnen einstellen und welche Möglichkeiten einzelne sehen, sich dagegen zu wehren. Ein Versuch, uns mehr Klarheit zu verschaffen, ist der nachfolgende Fragebogen. Wir wollen damit keine soziologische Untersuchung betreiben, sondern es ist ein Versuch, Informationen zu bekommen, um das ganze politisch besser einschätzen zu können und Möglichkeiten zu entwikkeln, wie wir uns kollektiv gegen den Arbeitszwang wehren können.

Autonome Erwerbslosen Gruppe

Kurz was zur Ausfüllpraxis:

Den ersten Block sollen alle Leute ausfüllen, die auf dem Sozialamt sind. Den zweiten Teil nur die, die auch wirklich Zwangsarbeit machen müssen, auch wenn sie "gute" Bedingungen mit der Firma aushandeln. Wichtig finden wir es auch, die Firmen und Projekte zu kennen, die mit der Zwangsarbeit ihre Profite machen- darum füllt bitte auch Firmennamen und Adresse aus. Der Fragebogen wird in einigen Kneipen und Sozialhilfeberatungsstellen ausliegen. Da könnt ihr ihn an der Theke abgeben, bzw. in einen speziellen Kasten einwerfen. Ihr könnt ihn uns auch zuschicken an

Autonome Erwerbslosen Gruppe
c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25
10997 Berlin



WORK RATE TOO FAST
(APPLY RESISTANCE)

Fragebogen

1. In welchen Betrieb leistest du die Zwangsarbeit ab. Name, Anschrift?
2. Auf welchem Sozialamt bist du? Adresse
3. Wie alt bist du?Geschlecht?Hast du eine Ausbildung gemacht,welche?

___Jahre w/m

Ausbildung:

I. Auf dem Sozialamt

4. Wer will dich zur Zwangsarbeit schicken, der/die Sachbearbeiter/in, oder eine andere Stelle auf dem Sozi?
5. Gibt es SachbearbeiterInnen, die sich besonders hervortun? Name, Zimmernr.
6. Wie lange hast du Sozialhilfe bezogen, bis sie dir Zwangsarbeit reingedrückt haben?
7. Hast du selber nach Zwangsarbeit gefragt?
8. Was wurde dir angedroht, wenn du die Zwangsarbeit ablehnst?

II. Die Zwangsarbeit

9. Wurden dir Versprechungen gemacht, wenn du Zwangsarbeit machst? Auf einen festen Job hinterher, oder..?
10. Wie findest du selber die Zwangsarbeit?
11. Welche Hoffnungen verbindest du mit der Zwangsarbeit? *

12. In was für einer Branche arbeitet der Betrieb, ist er gemeinnützig oder kommerziell?
13. Konntest du dir den Betrieb selber aussuchen? Konntest du mit dem Betrieb was aushandeln?
14. Wie viele Arbeitsstunden Zwangsarbeit machst du monatlich?
15. Was für eine Tätigkeit machst du bei der Firma? Kurze Beschreibung.
16. Wer hat deinen Job vorher gemacht? Was hat er/sie vorher verdient? Wieviel verdienen die anderen Leute in dem Betrieb?
17. Wieviel Leute arbeiten noch in dem Betrieb, gibts noch andere ZwangsarbeiterInnen oder ABMlerInnen?

Anzahl: Gesamt___, ZA___, ABM___

18. Wie ist der Kontakt zu den festen KollegInnen? Redet ihr auch über die Zwangsarbeit, wie finden sie das?
19. Wie zwingen sie dich in der Firma zur Arbeit? Drohen sie dir Konsequenzen an, wenn du langsam arbeitest oder pfuscht?
20. Hast du dir überlegt dich gegen die Zwangsarbeit zu wehren, wenn ja, wie?
21. Was ziehst du persönlich aus deiner Erfahrung mit Zwangsarbeit? Nie wieder Sozi, festen Job suchen...?



Fotowettbewerb

Wir von dup (der Umzug platzt) sind eine Gruppe, die dem Umbau der Stadt zur Regierungs- und Dienstleistungsmetropole nicht tatenlos zuschauen wollen. Unser Anliegen ist, den Widerstand öffentlich zu machen, zu verbreitern, zu vernetzen.

Wir suchen Fotos (Einzel, Serien, Montagen) zum Thema

UMSTRUKTURIERUNG

Konkret meint das Bilder, die die stattfindenden bzw. bereits stattgefundenen Veränderungen des Kiezes, der Straße oder des Hauses veranschaulichen. Das Verschwinden billiger Kneipen und Läden, die zunehmende Gentrifikation unserer Stadtteile gehört ebenso dazu wie die zunehmende Verarmung und Verdrängung der "Normal"bevölkerung.

Mit den eingereichten Fotos soll bei entsprechender Resonanz eine Ausstellung gemacht werden. Weiterhin planen wir eine Plakatserie gegen den Regierungsumzug. Die Fotos sollen anschließend dem Fotoarchiv von Umbruch zur Verfügung gestellt werden.

Teilnehmen darf natürlich jedeR mit ihren/seinen eigenen Fotos. Die Arbeiten müssen frei sein von Rechten Dritter. Die Abzüge sollten mindestens 13 x 18 und maximal 24 x 30 cm groß sein. Die Fotos müssen auf der Rückseite mit Namen und Anschrift versehen sein.

Abgabe- bzw. Einsendeschluß ist der 31. März 94 im Thomas Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9 in Kreuzberg zu Händen dup.

Die Jury besteht aus 1 Menschen von Umbruch-Fotoarchiv, einer unabhängigen Fotografin und einem Mitglied von dup.

Die ersten 3 SiegerInnen erhalten wahlweise:

1 Essen in hells kitchen (im ex) für 2 Personen

1 T-Shört von M 99 nach eigener Wahl

1 Einkaufsgutschein für Kraut und Rüben in Höhe von 20 Märkern

Die SiegerInnenehrung findet am 14. 4. 94 um 20.30 Uhr im Thomas-Weissbecker-Haus statt. Im Anschluß gibt's bestimmt was zu trinken und zu klönen.

Wir fänden es toll, wenn alle TeilnehmerInnen ihre Fotos dem Archiv von Umbruch zur Verfügung stellen würden. Ansonsten könnt ihr eure Fotos bei dieser Gelegenheit abholen (Schicken ist zu teuer).
P.S. Der Linksweg ist ausgeschlossen.

Hallo Ihr...

Wir haben in der Interim Auszüge aus dem "Winterpapier 93" gelesen. Beim ersten überfliegen fiel uns der Absatz über die Frauenbewegung auf. Dort schreibt ihr ganz richtig von einem patriarchalen Roll-back, der von G.Ammendt und dem Bremer Männerbüro bis hin zu den Memminger Richtern reicht.

Ausgeblendet habt ihr unserer Meinung nach aber das Nichtverhalten der breiten Männer"masse" zu Frauenkämpfen und deren Forderrungen. Darananknüpfend erscheint auch nichts über radikale Männerstrukturen und deren Arbeit, Entwicklung und Positionen innerhalb der Autonomen. Spontan fällt uns dazu ein:

-Die Männerorganisierung zum IWF 88
-Die Schaffung von Männercafes aus dem linksradikalen Spektrum
-Aktionen von Männern gegen Männergewalt
(z.b. gegen Pornoshops, Plakat und Sprühaktionen,...)
-Formen des "Kampfes" gegen die eigene Sozialisation in Männergruppen
(z.b. MRT & andere "Bauchnabelgruppen" im autonomen Dunstkreis)
-Militante Aktionen wie die der "Flammenden Herzen"

Zwar wäre es verfehlt, von einer "radikalen Männerbewegung" zu sprechen, doch ist es wichtig zu sehen, daß es durchaus radikale Männerstrukturen gibt. Wichtig deshalb, weil wir denken, daß sich eine revolutionäre Theorie und Praxis nur dann leben und entwickeln läßt, wenn sich Männer die patriarchalen Verhältnisse bewußt machen und ein Verhalten hiergegen entwickeln. Eigenständige Männerstrukturen sind dazu unerläßlich. Entweder wir bekommen das gebacken, oder für uns Autonome führt kein revolutionärer Weg ins nächste Jahrtausend

autonome G.M.P.F.G.R.M.B.L.F.X männergruppe

LEGAL - ILLEGAL - [redacted]

IKEAREGAL

Der Widerstand gegen das Projekt Olympia 2000 war von vornherein auf breiteste Art und Weise angelegt. Die Palette sollte aus unserer Sicht von der Unterschriftensammlung bis zum Brand- und Sprengstoffanschlag reichen.

Die mehr als 70 militanten Aktionen richteten sich in ihrer Mehrzahl gegen die verschiedenen Sponsoren, Daimler Benz, Telekom, Hertie, Radio 100,6, Berliner Bank und ähnliche zwielichtige Klitschen. Darüberhinaus gab es einige Aktionen direkt gegen Unternehmen, die nicht nur propagandistisch für Olympia arbeiteten, sondern logistische Funktionen innehatten, wie Architekturbüros, Grafik-Designläden und Computerbuden. Zwar führten die Anschläge nicht dazu, daß Sponsoren absprangen oder der Senat seine Bewerbung zurückzog, doch war jede Aktion Beleg für einen militanten Widerstand gegen Olympia in Berlin, diese Botschaft ist auch beim IOC angekommen.

Unsere Funktion sahen wir einerseits darin, über das Angehen des Themas Nolympic in der autonomen Szene und unter den Militanten Aktivitäten und Diskussionen anzuschieben. Andererseits wurden wir mit der Zeit eine Art Scharnier zwischen verschiedenen Polen von Olympia-GegnerInnen. Für die Anschläge lieferten wir die nötige politische Legitimation, indem wir über unsere inhaltliche Arbeit das Projekt quasi zum Abschuß freigegeben hatten. Weiter redeten wir mit AL etc. und schafften es immerhin, daß sich diejenigen innerhalb dieses Spektrums, die aktiv gegen Olympia waren, politisch von nichts distanzierten.

Dies alles geschah nicht als bewußte, von vornherein angelegte Strategie, sondern ergab sich im Laufe der Zeit mehr oder weniger zwangsläufig. Auch hatten andere Gruppen das Angriffsziel Olympia schon weit vorher erkannt, so begründete eine RZ ihren Anschlag auf das Möbelhaus Wohnen 2001 im Frühjahr 90 u.a. mit der "dem nationalen Taumel folgende Hauptstadt- und Olympiaeuphorie".

Irgendwann entstand das BAK als eine Art loses Bündnis und Koordinationsplenum. Dort saßen VertreterInnen von AL, PDS, Grüne Liga, BI-Leute, Jusos, Ökologiegruppen und wir vom AOK (und offensichtlich wohl auch das MEK). Die Funktion des BAK wird an anderer Stelle genauer erläutert. Die Arbeitsweise dort entsprach fast genau jener im sog. "Strategiepapier" angesprochenen "Arbeitsteilung".

Dieses, von einer autonomen Gruppe verfaßte Strategiepapier tauchte im Winter 92/93 auf und wurde zunächst im Berliner Stadtmagazin TIP publiziert, ohne größere Wirkung zu erzielen. Erst als das Nachrichtenmagazin FOCUS in seiner zweiten Ausgabe die Story aufgriff, kriegte es eine überraschende mediale Wirkung. Im Zusammenhang mit einem an alle IOCler verschickten Video sorgte es für weitere Presseschlagzeilen, wurde auf Sondersitzungen im Abgeordnetenhaus erwähnt ("...das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen, meine Damen und Herren Abgeordneten, Brand-an-schläge..."), die SPD faxte es an sämtliche Medien usw. Das Papier selbst war eher langweilig und wartete mit so überraschenden Vorschlägen, wie "Angriffe auf Sponsoren" und "IOClern die Fresse polieren" auf.

Die Distanzierungen, die von Seiten Wielands, Schreyers (AL-Obergurus) etc. erfolgten, waren eher halbherzig und gehörten zum taktischen Programm einer Partei, die nach Machtbeteiligung geiert. Sie wurden abgegeben, um der Form zu genügen und inhaltlich eher maßvoll als hetzend. Dieses Umgehen war höchst taktischer Art für die AL-Chefetage, denn sie wollten Olympia 2000 auf gar keinen Fall haben, hätte es doch die Koalitionsverhandlungen eines nach den nächsten Wahlen möglichen bis wahrscheinlichen SPD/AL-Senats aufs höchste verkompliziert. Um diesen möglichen Stolperstrick wegzuhaben, drängten sie gerade nicht auf die Spaltung des Widerstandes, sondern nahmen auch die Militanz hin, eventuell ab und an sogar mit klammheimlicher Freude. Abgesehen davon hat sich die AL/Grüne Partei in den letzten 10 Jahren derart glaubwürdig von all ihren Verbindungen zur linksradikalen Szene losgesagt, daß ihr keine ernstzunehmende politische Kraft in diesem Land noch irgendwas in diese Richtung unterstellt.

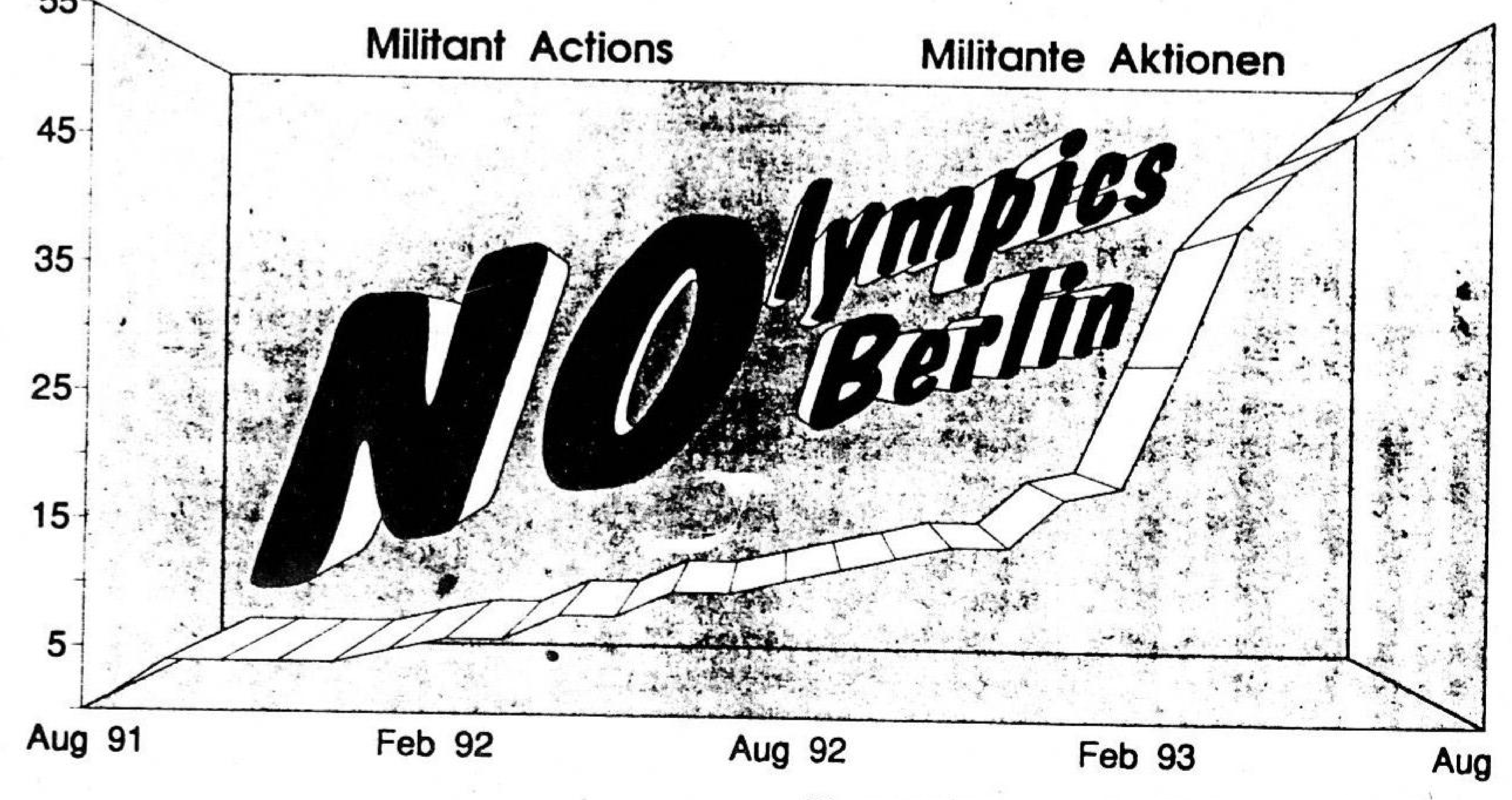
Dieses Verhalten wurde nur von der im politischen Machtspiel noch etwas naiven Schwesterpartei Bündnis 90 durchkreuzt, die sich ehrlich über jegliche antistaatliche Gewalt aufregten und die AL doch etwas in die Bredouille brachten, als sie Kritik an dem Video hatten. So mußte Wolfgang Wieland im TV den Eiertanz bringen, sich seinerseits von der in seinen Augen übertriebenen Gewaltfreiheit von Bündnis 90 abzusetzen, was höchst amüsant anzusehen war. Der "Skandal" an diesem Video war die Schlußsequenz, in der eine vermummte Person einen Pflasterstein hin und her jongliert und eine Stimme aus dem Off an die Adresse des IOC verkündet, "we will wait for you".

Die Position der PDS-VertrerInnen zur Militanz war ebenfalls nicht von grundsätzlicher Ablehnung bestimmt, im BAK wurde hinter vorgehaltener Hand von ParteienvertreterInnen auch gesagt, daß es auf der Demo am 18.9. ruhig abgehen könne, sie würden das politisch schon dekken. Ebenso sollte es bei der Demo im April nur auf der Demo ruhigbleiben, das, was hinterher passieren würde, sei eine ganz andere Frage. Der strategische Nutzen von Militanz war den meisten an diesem Punkt durchaus klar.

Abgesehen davon ist die Gewaltfrage immer nur etwas vorgeschobenes. So wenig, wie die BRD-Gesellschaft gewaltfrei ist, gibt es genauso auch eine Akzeptanz für militante Aktionen, zumindest gegen Sachen. Voraussetzung hierfür ist aber ein politischer Konsens in der Ablehnung oder Befürwortung einer Sache. So wie 1986 nach Tschernobyl, um nur ein Beispiel zu nennen, als es eine breite Übereinstimmung in der Forderung nach Stillegung aller Atomanlagen gab und auch der Verfassungsschutz zugeben mußte, daß Strommastenfällen auf große Zustimmung in der Bevölkerung trifft (groß soll hier nicht mehrheitlich meinen).

Ähnlich war die Situation um Olympia hier in Berlin. Ca. 50% der Bevölkerung lehnten dieses Projekt ab und waren natürlich nicht auf ein Mal dafür, nur weil haufenweise Anschläge passierten, was auch absurd wäre. Mit dazu beigetragen hat sicherlich die Zielgenauigkeit - fast alle Aktionen richteten sich gegen das sprichwörtliche Großkapital und die Zeiten in der BRD sind vorbei, als der Bevölkerung noch eingehämmert werden konnte, daß es nach einem der höchsten Repräsentanten der Wirtschaft oder der Justiz als nächstes die Blumenfrau an der Ecke treffen kann.

Aufgrund dieser Erfahrungen konnte es uns auch relativ leicht fallen, auf der Pressekonferenz im September diesen Satz zu sagen, der vielleicht nicht um die Welt ging, aber doch von einigen internationalen Medien zitiert wurde: "Brandanschläge sind integraler Bestandteil der Anti-Olympia-Kampagne." Obwohl VetreterInnen von AL, PDS, Jusos u.a. auf dieser Pressekonferenz



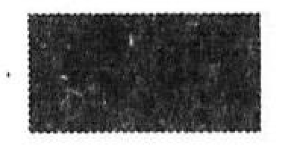
saßen, hat sich niemand von diesem Satz distanziert, dies geschah natürlich nicht nur wegen unserer Bündnispolitik, sondern weil die Autonomen und die Militanten der Motor des ganzen Widerstands waren, und die größte Mobilisierungsfähigkeit besitzen. Sowohl im April wie auch im September kulminierten wenige Tage vor den Großdemos die Anschläge. Dieses feine Gespür für Timing der Militanten sorgte bei ALs und anderen immer für große Aufregung und Sorge, daß sich Leute abschrecken lassen, auf die Demo zu gehen. Doch weit gefehlt, es ist nicht anzunehmen, daß ohne die Anschläge noch mehr als 15.000 bzw. 18.000 Menschen gekommen wären.

Es gab allerdings in der gesamten Phase des Widerstands gegen Olympia 2000 kein massenmilitantes Agieren. Die Demos blieben eher zahm, es gab keine organisierten Blöcke aus denen heraus militante Aktionen möglich waren. Trotz unseres Wunsches nach Putz und der damit zusammenhängenden Auswahl geeigneter Routen etc. blieb es eine Illusion, daß es auf den Demos größer abging. Dies ist aber mehr ein allgemeines als ein spezifisches Problem in den letzten Jahren.

Die Reaktionen der Gegenseite waren in der ganzen Zeit durchweg hilflos. Im April vor dem Besuch der IOC-Prüfungsdelegation wurde auf die harte Linie gesetzt und drei Leute aus Strausberg wegen Glasbruch bei einer Berliner Bank für zwei Wochen in U-Haft gesteckt und versucht, ihnen einen medialen Schauprozeß zu machen. Des weiteren wurde mit mehreren Hundertschaften Polizei ein besetztes Haus in Friedrichshain wegen einem Anti-Olympia-Transparent gestürmt. Resultat waren Aufschreie in den Resten der liberalen Öffentlichkeit über diese Unverhältnismäßigkeiten und das aus fast allen besetzten und legalisierten Häusern das inkriminierte Transparent heraushing. Auch gab es zum Prozeß der drei große Solidarität und Ergebnis des ganzen war nicht nur ein ungeheurer Mobilisierungsschub für die Aktionstage im April, sondern auch, daß aufgrund des ganzen Brimboriums das IOC auf seiner Session in Atlanta via internatinale Medien einmal mehr von der Existenz eines militanten Widerstandes gegen Olympia in Berlin erfuhr. Auch der Springer-Presse gelang es nicht, trotz Schlagzeilen wie "Olympia-Feinde: Bombenterror gegen uns alle", eine Hetzstimmung in der Stadt zu erzeugen. Der Senat war gezwungen, die IOC-Delegation im April von einem wahren Monsteraufgebot an Bullen bewachen zu lassen. Auch dieses werten wir als einen politischen Erfolg der Nolympics, es ist ihnen nicht gelungen, in dieser Stadt eine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung zu erzeugen. Das Motto "Volxsport statt Olympia" stand für Lebendigkeit, Vielfalt, Witz, Wut und Widerstand. Auch gefiel es den IOC-Bonzen überhaupt nicht, daß sie sich nur in einem permanenten Hochsicherheitstrakt im Ausnahmezustand durch Berlin kutschieren lassen konnten.

Für die Zeit vor der Entscheidung im September hatte sich die Gegenseite anscheinend Mäßigung in Äußerungen auferlegt und Nachrichtensperre in den Medien verordnet. Meldungen über koordinierte Anschläge vor dem Samaranchbesuch wurden unterdrückt, kritische Stimmen gegen Olympia hatten schon lange keinen Platz mehr. Diepgen versuchte in Monaco die Sprengstoffanschläge auf Sponsoren als "sogenannte Bomben" herunterzuspielen, was allerdings bei den Internationalen MedienvertreterInnen prompt den Eindruck erweckte, das sowas in Berlin jeden Tag passiert.

Wie sie´s also auch versuchten, sie waren immer die Deppen und hatten bei diesen Ausgangsbedingungen keine Chance.



Szene LUST UND FRUST

Obwohl der desolate Zustand der Szene zu jedem willkommenen Anlaß beklagt und bejammert wird, müssen auch wir ein paar Worte dazu sagen: eine positive lebendige Aufbruchsstimmung gibts unter den AutonomInnen nicht.Es gibt die Szene auch überhaupt nicht. In dem Sinne von Einheitsbrei ist dies ja auch durchaus gewollt.

Es gibt einige Gruppen und Grüppchen, die, wenn's klappt, untereinander einen mehr oder wenigen intensiven Austausch über persönliche Kontakte pflegen. Meist ist's auch diese Art von Szene, deren Kerne kurzfristige Mobilisierungen zustandebringen. Oft sinds wohl aber eher die vielgeschmähten AltkaderInnen, die zu aktuellen Anlässen mal ordentlich ranklotzen, ne Demo o.ä. auf die Beine stellen, aber eine längerfristige Mobilisierung ist so ja auch nicht hinzukriegen, es ist leider nicht so, daß nur was angeschoben werden muß, damit politische Kontinuität entsteht und in den Köpfen möglichst vieler sich was bewegt. Oft kommt dann der Frust, weil einige sich abstressen, und abgegessen feststellen müssen, daß da nix nach kommt: keine Resonanz, keine Begeisterung, daß Menschen sich zusammenfinden und mit Lust sich verbindlich wo einklinken. An Themen und Betätigungsfeldern fehlt's ja wohl nicht. Vielleicht ist die Antifaszene ne Ausnahme, die insbesondere auch unter den jüngeren türkischen/kurdischen Menschen mobilisieren kann und es auch schafft Verbindungen zur Szene zu nutzen.

Es hat uns gewundert wieviele Menschen auf die Anti-Olympia-Demos kamen, und das war eben nicht im weiteren Sinne die Szene, sondern viele junge Menschen, wo wir das Gefühl haben, daß für die, die Autonomen zwar eine Ausstrahlungskraft haben, aber daß dies noch lange nicht bedeutet, daß solche Menschen in irgendwelche autonomen Zusammenhänge "einzubinden" sind. Oft haben wir schlichtweg keinen Kontakt und Überschneidungen mit ihnen. Viele finden bei uns einfach keinen Zugang: wir sind zu abgeschottet, zu verkrustet, zu hierarchisch, zu klugscheißerisch. Zum Glück gibt's wenige Tendenzen, z.B. mit SchülerInnen, wo diese "Ghettoblüten" ein bißchen aufbrechen.

Unsere Hoffnung war ja anfänglich, daß jede Politgruppe den jeweiligen Zusammenhang mit Olympia 2000 für sich besetzt. Dies hat sich ja nun nicht bestätigt. Überhaupt war es eher nervig zwar von etlichen viele Schmeicheleien zu hören, daß das AOK gute Arbeit macht, weil jedes Lob auch guttut, aber wir wußten vor jeder geplanten öffentlichen Geschichte kaum einzuschätzen, ob das nun "nen Renner" wird, und damit als Widerstand wahrnehmbar, oder ob mensch sich, irgendwo mit nen paar anderen Fredels zusammen den Frust abholt. Die Szene holt sich u.E. mehr Identität aus dem Obergeätze über Andere, die es nicht bringen, die nicht pc sind, oder überhaupt nur doof sind. So ersetzt die Abgrenzung gegen andere oft die politische Praxis, die Szene verkonsumiert sich selbst und verheizt die wenigen, die was machen und wenn diese dann auch noch erfolglos sind, oder Fehler machen, werden sie stellvertretend an den autonomen Pranger gestellt. Kritische Stellungnahmen und Kontroversen sind immer richtig, aber werden sie nur dazu benutzt, die eigene Borniertheit oder Untätigkeit zu kaschieren, oder die zeitenüberdauernde Persilkraft der eigenen Linie zu unterstreichen, dann sind diese Ersatzauseinandersetzungen kontraproduktiv und demobilisierend. Eine VV, auf der sich einige exponieren, ein Gespräch versuchen in Gang zu kriegen, woraufhin keinerlei Fragen -geschweige denn Antworten, Befindlichkeiten, oder Anregungen kommen, ist voll fürn Arsch und läßt eher ein Gefühl zurück, wo so manche ihr Hirn denn lassen. So ergibt sich denn die Überlegung, an welchen Punkten die NO-Kamp. mehr hätte mobilisieren können. Sicherlich ist das Konfliktfeld "Umstrukturierung" in allen Variationen auch durch NOlympia ins

Blickfeld gerückt worden. Gut ist auch, daß eine Spaltung zwischen legalen und illegalen Aktivitäten nicht hat greifen können. Da gabs viel Freude. Aber, die vielen anderen Bereiche, die auch subjektiv überlegenswert sein könnten, wie Leistungssport und Leistungsbegriff, Konkurrenz und Mackergehabe, Körper- und Menschenbild im Sport, Frauenfeindlichkeit und Sexismus im Fitnesskult etc. sind auch von unserer Seite öffentlich/szeneöffentlich zu unterbelichtet geblieben, als daß sie mobilisierend hätten wirken können. U.E. hätte die Chance bestanden, die "große Politik" anzugreifen in Verbindung mit einer Debatte über Subjektives, Alltäglichkeit, Kleinbürgerlichkeit, Gesundheits- und Normalitätsbegriff des eigenen Milieus. Oft genug sind wir trotz des Bedürfnisses nach Widerständigkeit und Revolutionierung doch so sehr ein Teil dieses Systems. Dies kann nur dann durchbrochen werden, wenn genau und differenziert über Bedürfnisse, Gefühle, Utopien geredet und gedacht wird. Es gibt kein Dauerabo für revolutionäre Haltung!

In den letzten Jahren, und dies wird sich noch verschlechtern, müssen alle mehr und/ oder beschissener ackern, um sich materiell abzusichern, für viele stellt sich die Frage nach Nischen, in denen -oft zu unrecht- an die bürgerliche "Karriere", an die "große Liebe", an das "Glück durch Kinder", etc. neu - und doch so alt- wieder geglaubt wird. Berechtigte und irrationale Ängste und Zweifel an der Kollektivität, an der Verläßlichkeit und Solidarität der Szene entstehen. Wie leben wir z.B. als Alte? Diese Fragen und Gefühle sollten politisiert werden, wenn wir uns selbst überhaupt ernstnehmen. Es ist keine befriedigende Lösung, diesen Problemen mit neuen/alten Organisationsmodellen, mit "globaleren Netzwerken der neuen Proletarität" zu Leibe zu rücken. Wir werden nicht mehr oder schlagkräftiger durch Mitgliedsbeiträge und ausgetüftelte Parteimutationen. Weder wissen wir dadurch mehr von denen, die wir erreichen wollen, noch schafft Quantität eine neue Qualität des Kampfes.

Aber angenommen, das wäre alles gelaufen, selbst dann erscheint es uns noch lange nicht zwingend, daß mehr Szenemenschen sich offensiver eingeklinkt hätten. Woran mag das wohl liegen? Oder was ist am Alltagssumpf soviel prickelnder? Versacken wir doch so verdammt oft in der Defensive, Mut- und Lustlosigkeit, im Rückzug, im Konsum, in Traurigkeit, in der Humorlosigkeit, und damit in der schleichenden Entpolitisierung. Es gibt bestimmt etliche, die sich desillusioniert in Skepsis bis Zynismus üben, ob der Verfaßtheit der "Szene", aber was ist die Alternative? Zwischen Sichabwenden, theoretische Wasserköpfe produzieren, oder wie die Lemminge sich in erneute Hyperaktivität zu stürzen wird es einen neu zu besetzenden Spielraum geben, indem die Bedürfnisse der Einzelnen, wie der so dürftig aussehenden Kollektivität neu und anders zu politisieren sind. Vielleicht ist der angedachte "Autonomenkongress" ein Weg, vielleicht mag es eine Überprüfung der vollzogenen Trennungen zwischen Frauenszene und "Gemischten" geben, oder klarere Trennungen zwischen Ansätzen, die differenziert begründet nicht konsens- und unterstützungswürdig sind. Dazu ist ein Klima neuer Offenheit und Ehrlichkeit nötig, verbunden mit der Fähigkeit auch härteste Kritik in Kurskorrektur und den Mut zur Experimentierfreude zu übersetzen.

Nicht zu vergessen sind die auch unter uns vorhandenen Stärken, so hat es uns im AOK viel Freude gemacht, in einer Gruppe durchaus kontroverse Diskussionen führen zu können, viel Spaß und Zuneigung untereinander zu haben, viel Blödeleien, und nicht zuletzt uns einfach ein komplexes Thema zu erschliessen, also einfach was dazuzulernen. Eine anregende, offene Nische sozusagen, hihi.

Fazit

Unser politisches Wirken hatte eine sehr seltene Voraussetzung: wir wußten, daß wir gewinnen können, zumindest in der Form, daß wir Olympia 2000 in Berlin verhindern und das vermutlich auch ohne Bewegung.

Die Ausgangsbedingung war, in einer relativ "Bewegungs"-losen Zeit (abgesehen von Antifa- und einigen wenigen Stadtteilaktivitäten), den Affront mit diversen Herrschenden einzugehen. Unserem Selbstbewußtsein tat es gut, Umfragen mitzukriegen, bei denen die Mehrzahl der Bevölkerung hinter uns standen (wobei wir ja sonst auf solche Umfragen nichts geben und wissen, wie dubios diese zustande kommen). Die Olympiade zu verhindern war eigentlich nicht unser alleiniges Ziel. Unser Traum war der einer jeden Kampagne: viele klinken sich ein und nehmen aus den verschiedenen politischen Blickwinkeln Olympia in die Alltagsarbeit mit auf. Mit vereinten Kräften bieten wir dann die Stirn und kippen das Projekt (siehe IWF, Shell etc) Gerade in der Anfangszeit hätte uns dieses zweite Ziel zum Verzweifeln bringen können. Denn wir waren verflucht wenige geblieben Das Amsterdam-Konzept und der letztendlich schwache Gegner hatte uns das politische Durchhalten leicht gemacht. Wir wußten, daß wir auch alleine ne ganze Menge hinkriegen. Doch dieses Selbstbewußtsein hatte auch seine Kehrseite, denn dadurch wurde nach außen vermittelt, wir schaffen das schon, wir "SpezialistInnen" kümmern uns darum.

Die ganzen Wirren, Gratwanderungen und Widersprüche wurden v.a. durch unser gutes soziales Verhältnis untereinander aufgefangen. Das AOK **war und ist mehr, als eine Polit-Gruppe.** Dieser Zusammenhalt, sowie die Freude über die vielen militanten flankierenden Maßnahmen hatte uns über etliche dröge Phasen hinweggeholfen! Der Lustgewinn war natürlich im letzten Jahr am größten, als sich doch noch mehr Menschen eingeklinkt hatten und es zu Ansätzen einer Bewegung kam.

Um so schwerer fällt es uns jetzt - so verwöhnt, so geprägt von "Gewinnsucht" - uns auf ein anderes Thema einzulassen, wie z.B. das Thema Hauptstadt/Regierungssitz. Das erfordert ganz andere Qualitäten und Herangehensweisen als die, die wir auf Lager haben (naja -d.Tip.). Es ist einerseits eine Herausforderung, andererseits - welche verlassen schon gerne das Terrain, auf dem sie erfolgreich waren!

Unser Wunsch, zusammenbleiben zu wollen, wird uns jedoch auch über diese Klippe hinweg helfen.

***weil einzelne von uns schon des öfteren gefragt wurden: Die laut der letzten Interim enttarnte verdeckte Emittlerin des MEK, Christine Schindtke, hat nicht im AOK mitgearbeitet. Soweit wir es nachvollziehen konnten, tauchte sie im Sommer 93 im BAK, kurz vor IStaF und in der Vorbereitungszeit der September-Demo dort an 3 Plena auf.**

■ Sachschaden und Bombendrohung wegen des Films „Beruf Neonazi" Hamburg

Erneute Rangeleien am Mittwoch im Metropolis-Kino. Die Leinwand wurde besprüht: „NA-Propaganda = Mord". Der Sachschaden beträgt circa 3000 Mark. Bereits am Dienstag hatten etwa 20 Menschen versucht, die Aufführung des Films *Beruf Neonazi* zu verhindern.

Programm-Macher Martin Aust, der keine Eskalation wollte und deshalb nicht mit Hilfe der Polizei sein Hausrecht durchsetzte, hatte zuvor mitgeteilt, der Film werde nicht gezeigt. Das wollten die Zuschauer nicht hinnehmen und versuchten, ins Kino zu gelangen.

Das gelang erst, als die Polizei die Demonstranten vor dem Metropolis abdrängte. Die Protestierer, die sich allgemein als Flüchtlinge und Migranten aus Hamburg bezeichnen, waren nicht zur Diskussion bereit, ließen es aber schließlich zu, daß nach dem Vorfilm *Nacht und Nebel* – einer Dokumentation über die nationalsozialistischen Konzentrationslager – der umstrittene Film tonlos in ganzer Länge gezeigt wurde. Danach verschwanden die Demonstranten, und die letzten 30 Interessierten sahen den Film danach noch einmal – mit Ton. Einer Zuschauerin, die von einem Boykotteur erkannt worden war, flatterte gestern morgen die Bezichtigung ins Haus, sie sei eine Nazi-Frau.

Zudem hatte am Mittwoch gegen 18.15 Uhr ein Mann in einer Konfiserie in der Poststraße angerufen und mit computertechnisch verstellter Stimme gedroht, im Metropolis befände sich eine Bombe. Die Polizei verneinte nach Prüfung die Ernsthaftigkeit der Drohung und sah von weiteren Maßnahmen ab.

4.2.94 TAZ

Zur Diskussionsveranstaltung im SO 36

Das SO 36 war am Samstagabend, den 5.2. recht voll., obwohl sowohl die taz wie das SO-Kollektiv diê Absetzung der Veranstaltung mit Droste vorher angekündigt hatten. Viele waren dennoch in der Annahme gekommen, den Film "Beruf Neonazi" sehen zu können. So dauerte es im Verlauf der Diskussion auch über eine Stunde bis allen klargemacht werden konnte, daß es uns nicht darum geht, die Aufführung des Films zu verhindern. Im Gegenteil, wir finden eine Diskussion um diesen Film und seine Wirkung in diesem Rahmen interessant.
Die Kritik beschränkte sich zunächst darauf, warum ausgerechnet Wigalf Droste dazu geeignet sein sollte den Film zu kommentieren. Uns stellte sich angesichts dessen, was wir über Droste hinsichtlich seiner sexistischen Äußerungen wissen, die Frage, was seine Qualifizierung hinsichtlich des Themas Antifaschismus ausmacht und weswegen, wie sich im SO herausstellte, soviele Linke Wert darauf legen dieses Thema mit ihm zu diskutieren.

In der Debatte vermischten sich dann mehrere Diskussionen:
Ist Wigalf Droste nun ein Arschloch, wenn er am 8.März eine Pornoseite in der TAZ mitgestaltet und sich jetzt aktuell durch die Mißbrauch des Mißbrauchs Welle profiliert ? Hier spalteten sich das erste Mal die Meinungen.
Das Erschütternde für uns waren die "Argumente" einiger DiskussionsteilnehmerInnen: "Was Droste in der Sendung Blue Moon auf Radio Fritz gesagt hat, ist doch gar nicht so schlimm" oder" es stimmt doch, daß es eine Hysterie über den Mißbrauch gibt und wir müssen endlich auch mal über die Opfer reden, die zu unrecht beschuldigt werden" oder "was regt ihr euch denn so auf, Droste sagt manchmal was Provokatives."
Etliche Leute fanden es richtig was Rutschky und Wolff in den Medien mit ihrer Kampagne um den "Mißbrauch des Mißbrauchs" losgetreten haben und was die Medien begierig aufgegriffen haben und konnten somit in den unserer Meinung nach die Opfer des Mißbrauchs verhöhnenden, die Dimension des Phänomens beschönigenden und die Frauenbewegung insbesondere das Projekt "Wildwasser" diffamierenden Äußerungen nichs negatives sehen.Wolff:
"Es gibt schlimmeres als sexuellen Mißbrauch."
"Die Frauen von Wildwasser wollen nur ihre Arbeitsplätze sichern. Es geht ihnen nicht um das Wohl der Kinder."
Auf der Veranstaltung wurde sichtbar, daß 1) das Wissen über den sexuellen Mißbrauch sehr undifferenziert ist und 2) die Hetzkampagne gegen Wildwasser und ähnliche Einrichtungen auch in unseren Reihen greift.
Auch im SO 36 empfanden Teile des Publikums die "Hysterie des sexuellen Mißbrauchs" als großes Problem. Andere traten auf und beklagten ihr Opferdasein, sie seien auch schon zu unrecht beschuldigt worden, sexuellen Mißbrauch begangen zu haben oder könnten nunmehr in der U-Bahn keine kleinen Kinder mehr anlächeln geschweige denn ansprechen ohne in Verdacht zu geraten.
Hier wurde für einige von uns überdeutlich die Parallele zur Vergewaltigerdebatte: Auch dort wird von einzelnen Männern immer wieder zu allererst vorgebracht, es gäbe denen und jenen zu unrecht Beschuldigten. Sie versuchen mit dieser argumentativen Strategie, eine Debatte wo liegen die Gründe für das Massenphänomen der Vergewaltigung, abzuwehren. Genauso lief es bei der Veranstaltung: Einwürfe von meheren RednerInnen, daß sexueller Mißbrauch an jedem 3. oder 4. Mädchen begangen wird, wurden ignoriert. Stattdessen wurden Märchen erzählt, daß "beim geringsten Verdacht, der Vater sofort das Sorgerecht entzogen bekäme", seine Stelle als Erzieher verlieren würde etc.
Angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik hunderte von Kinder schwer mißhandelt werden, ohne daß die Gesellschaft eingreift, ist eine solche Behauptung Lichtjahre entfernt von den in dieser Gesellschaft gegebenen realen Zuständen.

Es geht nicht darum, den Mißbrauch des Mißbrauchs auszuschließen. Was uns erschreckt und wir für absolut falsch halten ist die Dimension in dem es zum Thema gemacht wird. Das geht im Moment soweit, daß es den Anschein hat, es gäbe eine riesige Dunkelziffer von Mißbrauch des Mißbrauchs -Fällen. Ein Phänomen wird instrumentalisiert wird, um das

Problem des Mißbrauchs in den Hintergrund zu drängen, Frauenprojekten die materielle Basis für ihre Arbeit zu entziehen und die Basis dieser Gesellschaft, die Familie, nicht in Frage stellen zu müßen.

Zurück zu Droste.
Es gab ja durchaus geteilte Auffassungen, ob Droste ein sexistisches Arschloch ist oder nicht. Es gab aber auch geteilte Auffassungen darüber, ob man mit einem sexistischen Arschloch durchaus über Antifaschismus diskutieren könnte. Was hat das eine, denn mit dem anderen zu tun ?
So war die Eingangsfrage an die Leute, die sich über uns empörten, "was hättet ihr denn gemacht, wenn Droste nicht über Wildwasser und die Frauengruppen hergezogen wäre, sondern die Antifa-Gruppen in der Sendung niedergemacht hätte?" auch gleich die Nagelprobe. Sie blieb nämlich unbeantwortet von den Befürwortern der Droste-Veranstaltung. Der Verlauf der Diskussion zeigte denn auch, daß Sexismus und Patriarchat nach wie vor für viele Anwesende keine Scheidelinie darstellt, woran mensch erkennt, wer "links" ist und wer nicht. Der Nebenwiderspruch !
Die Veranstaltung hat gezeigt daß es auch in unserer Scene einen regelrechten Widerstand gibt, einen Zusammenhang zwischen Faschismus, Männlichkeitskult und Patriarchat zu sehen.

Beantwortet wurde auch nicht die Frage, welche Qualifikationen Wiglaf Droste überhaupt als "Antifa Experten" auszeichnen ? Wir sind gespannt auf die Antworten.

Der dritte Punkt, mit dem wir uns genauer auseinandersetzen müssen, ist der von der Gegenseite vorgebrachte "Zensur"-Vorwurf: "Wir lassen uns nicht von euch Saubermännern vorschreiben, was wir sehen dürfen und was nicht" oder "ich will selbst entscheiden, ob ich mit Wiglaf Droste diskutieren kann". Hier waren wir mit unseren Gegenargumenten, "ihr würdet ja auch nicht dem Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte zuhören wollen" reichlich schwach. Das entscheidende Argument der Gegenseite, sehr oft vor allem in Künstler-und Kulturkreisen zu hören, wir sind für unumschränkte Meinungsfreiheit, können wir häufig nicht richtig entkräften. Zumal dann häufig von ehemaligen DDRlerInnen noch eine Empfindlichkeit bei irgendwelchen Zensurgerüchten aufgrund ihrer erlittenen Stasigeschichte hinzukommt.
Meinungsfreiheit ist immer eine demagogische Formel in der bürgerlich-liberalen Klasse gewesen. Das vergessen allzuviele allzugerne. Wenn es gegen die kapitalistische Ordnung, gegen die "freiheitlich.demokratische Grundordnung" geht sind sehr schnell die Grenzen der Meinungsfreiheit mithilfe des §129a für uns spürbar.
Beim Verhindern faschistischer Propaganda sind wir uns einig.
Weil aber jede/r unter "Meinungsfreiheit" und ihren Grenzen was anderes versteht, müssen wir in Zukunft viel genauer begründen, warum wir an bestimmten Punkten diese Grenzen für überschritten halten.
Dazu Droste in Bezug auf den Kongreß über Mißbrauch des Mißbrauchs: "Bei dem Kongreß ist es nicht notwendig, daß alle Rederecht haben (Wildwasser-Frauen). Das ist wie bei einer Geburtstagsparty, da werden auch nicht alle eingeladen."

Noch ein paar Worte zum Verhalten der SO-Leute:

Wir finden es bedenklich, daß es im SO möglich ist Veranstaltungen mit Leuten abzuhalten, von denen die SO-Leute selbst nicht so genau wissen, um wen es sich dabei überhaupt handelt.

Wir hoffen auf eine Auseinandersetzung zu den verschiedenen Punkten dieses Artikel. Laßt mal bald was von euch hören.(Damit sind nicht nur die SO-Leute gemeint !)



knapp

Briefbomben in Schweden

Nach der Serie von Briefbombenanschlägen in Österreich im Dezember 1993 haben jetzt schwedische Mitglieder von Jugend gegen Rassismus in Europa Briefbomben erhalten. Glücklicherweise ist keinem etwas passiert.

Kapitulationen

Vor zwei eingerahmten Bildern, dem von Mahatma Gandhi und dem der Göttin Durga – nebeneinander hingestellt –, legten Phoolan Devi und alle anderen sich ergebenden Banditen bei der Kapitulationszeremonie ihre Waffen nieder. Phoolan Devis spektakuläre Waffenniederlegung im Februar 1983 war nicht die erste dieser Art. Ein Jahr zuvor hatte sich der "Herrscher" Malkhan Singh am selben Platz in Bhind zusammen mit neunzehn Mitgliedern seiner Bande ergeben. Noch ein Jahrzehnt davor hatte das Chambal-Tal etwas Einmaliges erlebt: Von April bis Mai 1972 hatten über 400 Banditen – unter ihnen manche gefürchteten Anführer – öffentlich die Waffen niedergelegt.

(...)

Für das jahrhundertealte Problem des Banditenterrors in Indien hatte es bislang die eine altbewährte Kampfmethode gegeben: Hetzjagd, bewaffnete Konfrontationen und kugeldurchlöcherte Leichen. Über kurz oder lang wurden die Banditen niedergeschossen. Das war die Politik der Engländer in Indien und der indischen Fürsten; nach der Unabhängigkeit übernahm die Polizei und gelegentlich die Armee die schwierige und brutale Aufgabe, die Banditen auszumerzen. Ob die Banditen bei wirklichen oder vorgetäuschten Schußgefechten erschossen wurden, das wurde kaum nachgeprüft. Es gibt Fotos, die stolze Polizei-Offiziere in aufrechter Haltung zeigen, wie sie hinter einer ganzen Reihe von Banditenleichen posieren, als ob sie gerade Prachttiger erlegt hätten!

Mit dem ersten Versuch, die Banditen zu einer gewaltlosen Kapitulation zu bewegen, hatte Acharya Vinoba Bhave, anerkannter Schüler und Nachfolger von Mahatma Gandhi, Anfang der sechziger Jahre begonnen. Vinoba Bhave wollte Gandhis Prinzipien der Gewaltlosigkeit bei der Bekämpfung des Banditenproblems anwenden. "Auch das Herz eines Banditen kann sich verändern", war die gewaltlose Parole dieses altehrwürdigen Gandhianers in seiner Mission gegen die Gewalt der Banditen. Nach Gandhis Ermordung, kurz nach der Unabhängigkeit, war es Bhave, der sich zum politischen Ziel setzte, im unabhängigen Indien die Prinzipien von Gandhi beim Neuaufbau des Landes zu verwirklichen. Nicht auf parlamentarischem Weg und nicht durch eine Parteiengründung, sondern durch die Bildung eigener politischer Kompetenz in jedem einzelnen. Bhave nannte das die dritte Macht, die Eigenmacht des Volkes, *jana-shakti*, im Unterschied zu der zwingenden Macht des Staates, *danda shakti*, und der Macht der Gewalt, *himsa shakti*. (Übersetzt in Kategorien westlichen politischen Denkens könnte man vielleicht "die dritte Macht" verstehen als Macht von Bürger-Initiativen, für die eine gewaltlose Gesellschaft Mittel und Ziel ihrer Arbeit ist.)

Zusammen mit einer Gefolgschaft von Helfern unternahm er einen *padyatra* (Fußmarsch) durch die Schluchten des Chambal-Tals, um mit Banditenführern zu sprechen und sie zur Kapitulation zu bewegen. Bhave war zu dieser Zeit eine anerkannte, führende Persönlichkeit der unabhängigen politischen Sphäre; er hatte schon Erfahrungen gemacht mit solchen Aktionen. In den fünfziger Jahren hatte er sich mit den *bhoodan*-Aktionen einen Namen gemacht und die *bhoodan*-Bewegung ins Leben gerufen. Damals war er mit seiner "Friedens-Armee" durch Telengana in Andhra Pradesh gezogen mit der Forderung an die Landbesitzer, einen Teil ihres Landes den Landlosen zu schenken. "Ich komme, um Euch mit Liebe auszurauben", so formulierte eine Zeitschrift die politischen Aktionen des *bhoodan*.

"Ich fordere ein Sechstel des Landes", hatte er selbst gesagt. "Es gibt um die fünfzig Millionen landlose Menschen in unserem Land. Für sie fordern wir fünfzig Millionen Morgen Land, das sind ca. ein Sechstel des guten verfügbaren Bodens in Indien . . . Ich verlange von den Landbesitzern, von ihrer eigenen Erfahrung ausgehend, sich vorzustellen, wie die Situation derjenigen ist, die kein Land haben. Wenn Ihr Euch deren Situation vorstellen könnt, dann seid Ihr dazu verpflichtet, das was Ihr mehr habt, mit ihnen zu teilen. Das ist Euer *dharma* (Lebenspflicht des Hindus)."

So unglaublich wie es sich anhören mag, Bhave hatte wirklich nichts anderes gemacht, als mit solchen Reden und mit Gebeten zu Fuß durch das Land zu ziehen und Landschenkungen, *bhoodan*, zu fordern. Bhaves Bewegung war in den Anfangsjahren erfolgreich, auch wenn das anvisierte Ziel – ein Sechstel des ganzen fruchtbaren Landes für die Landlosen zu gewinnen – ein Traum bleiben sollte; 1952 erhielten sie 10.000 Morgen Land geschenkt; im nächsten Jahr waren es mit Hilfe des Congress 2,2 Millionen Morgen. Von diesem Erfolg ermutigt, weitete Bhave sein Programm aus: von *bhoodan* ging er zu *gramdan* und *sampattidan* (Vermögensschenkungen) weiter. Zu seinen führenden Mitarbeitern gehörte auch J. P. Narayan, der sich später für die Banditenkapitulationen einsetzen sollte.

Die Agrarrevolution muß auch eine Revolution des Herzens sein, war Bhaves Gedanke. Die Menschen müßten selbst das Wohl ihrer Mitmenschen wollen, nicht durch Gesetz oder durch Gewalt dazu gezwungen werden. Dasselbe Prinzip legte er seiner Friedensmission bei den Banditen zugrunde. Die Entstehung dieser Aktion hatte einen dramatischen zeitgeschichtlichen Hintergrund.

Bhave bekam einen Brief von Tehsildar Singh, dem einzig überlebenden Sohn des Banditenkönigs Man Singh, der 1955 erschossen wurde. Tehsildar Singh war 1954 noch zu Lebzeiten seines Vaters verhaftet worden und saß seitdem in Haft. Seine vielen Strafprozesse waren in den letzten Instanzen entschieden worden, und es stand fest, daß er hängen sollte. Zu dieser Zeit schrieb Tehsildar Singh seinen Brief an Vinoba Bhave, mit der Bitte, Bhave möge den letzten Wunsch eines zum Tode verurteilten Mannes erfüllen und sich einem Gespräch mit ihm widmen. Das Ergebnis dieses Briefes war, daß Bhave sich auf Tehsildar Singhs Bitte in das Chambal-Tal begab, um die Banditen zur Kapitulation zu überreden. Manche Banden, die zu jener Zeit das Chambal-Tal terrorisierten, hatten Anführer, die der Bande von Man Singh, dem Vater von Tehsildar Singh, zugehört hatten. Bhaves Kapitulationsappell an die Banditen war also zugleich ein Appell von dem Sohn des ehemaligen Chefs, sich zu ergeben.

Der Journalist und Schriftsteller T. K. Bhaduri, guter Kenner der Banditenszene, der Bhaves "revolutionäre Friedensmission" im Chambal-Tal begleitete, hat in seinem Buch "Chambal. Das Tal des Terrors" (1972) ausführlich von den brisanten Hintergründen und dem Verlauf dieser Aktion berichtet.

Er erzählt von den entmutigenden Erfahrungen der Friedenstruppe – einem ganzen Haufen von Helfern, Bewunderern und Reportern –, wie sie einen Monat lang unter sengender Sonne durch die Schluchten marschierten und noch kein Bandit den Willen gezeigt hatte, "das Herz zu verändern". Bhave hielt seine Gebetsversammlungen regelmäßig ab und munterte seine Gefolgschaft auf. "Ich bin auch ein *baghi*. Es gibt Rebellen überall, auch in Delhi", hatte Bhave gesagt. Niemand sei nur gut und niemand sei nur böse. Er fordere die *baghis* auf, sich zum Guten in sich zu bekennen und sich zu ergeben. Während Bhave mit seiner Präsenz dem Camp eine würdevolle Aura verlieh, sorgten sich seine Helfer um die praktische Organisation der Dinge: seine rechte Hand, der *sadhu*-General Yadunath Singh, fuhr unermüdlich bei brütender Hitze mit seinem Fahrrad durch die Gegend, um für die Kontakte mit den Banden zu sorgen.

Und dann schließlich kamen sie. Zunächst waren es drei Banditen, die sich ergaben; am Ende waren es zwanzig Männer – die restlichen Mitglieder der alten Bande von Man Singh –, die vor Vinoba Bhave die Waffen niederlegten. Unter ihnen waren die seit Jahren gesuchten und gefürchteten Anführer Lukka und Kanbai. T.K. Bhaduri schreibt von der euphorischen Stimmung des ganzen Camps, wie sie zusammen mit den zwanzig kapitulierwilligen Banditen zum letzten Stück Fußmarsch ins nächste Dorf, Kadora, aufbrachen.

Vinoba Bhave hatte mit dieser Aktion einen historisch neuen Schritt in der Geschichte der Banditenbekämpfung eingeleitet. Alle Banditen, die sich vor ihm ergaben, wurden vor Gericht gestellt und strafrechtlich verurteilt. Manche wurden nach ihrer Haftzeit wieder in die Freiheit entlassen. Keiner kehrte zurück zu seinem Banditenleben. Durch Präsidentenerlaß wurde die Todesstrafe von Tehsildar Singh aufgehoben.

Für J.P. Narayan, der diese erste Initiative im Jahre 1972 mit spektakulärem Erfolg fortsetzte, war es ein schlagendes Argument, daß keiner der Banditen, die sich Bhave ergeben hatten, zu seinem früheren Leben zurückgekehrt war. Das Leben im Chambal-Tal hatte sich aber nicht verändert. Neue, raffiniertere Banden waren in den sechziger Jahren entstanden; ihre Waffen und ihre Methoden hatten sich verfeinert. Der Polizeieinsatz gegen die Banditen wurde intensiviert; die "anti-*dacoity*-operations" liefen auf Hochtouren. Allein im Jahr 1971 wurden im Chambal-Tal und den Bundelkhand-Regionen 154 Banditen erschossen und 599 gefangengenommen. Unglaubliche Zahlen, die einem fast glaubhaft machen könnten, daß tatsächlich unter jedem Stein in den Dörfern des Chambal-Tals ein Banditennest entstehen würde. Die großen, gefürchteten Namen dieser Zeit waren die Banden von Madho Singh, gesucht mit einem Kopfgeld von 15.000 Rupien, Mohar Singh, mit dem zu dieser Zeit höchsten Kopfgeld von 25.000 Rupien, Moorat Singh, Pancham Singh und Nathu Singh.

Es war eigentümlicherweise kein anderer als der gefürchtete Bandenchef Madho Singh selbst, der J.P. Narayan darum bat, sich für eine Waffenniederlegung der Banditen einzusetzen. (...)

Die Arbeit der Kapitulationsinitiative ging nicht ohne Kritik und Kontroversen über die Bühne. Noch genauer, es war der außergewöhnliche Erfolg der Initiative, der sie ins Schußfeuer der Kritik brachte. Die Waffenniederlegungen von über vierhundert Banditen – unter ihnen solche Banditenkolosse wie Madho Singh, Mohar Singh, Pancham Singh, Nathu Singh –, so etwas Einmaliges konnte nicht stattfinden, ohne daß es zu einer Art riesigem Volksfest ausartete. Um die 20.000 Menschen sollen in die kleine Stadt Jaura hineingeströmt sein, um den berüchtigten Banditenanführern bei ihrer Waffenniederlegung zuzujubeln. "Macht keine Helden aus den Banditen!", kamen die Proteste der Kritiker, eine Kritik, die sich bei jeder größeren Kapitulationszeremonie wiederholte. Die Verantwortlichen hatten es an diesem Punkt leicht mit der Antwort darauf: "Nicht wir machen sie zu Helden, die Leute tun es!"

Bei seinen Verhandlungen mit den zuständigen staatlichen Stellen hatte J.P. Narayan einige begünstigende Bedingungen für die kapitulierenden Banditen ausgehandelt, zwar keine vollständige Amnestie, aber doch wesentliche Erleichterungen: keine Vollstreckung von Todesstrafen, keine Handschellen, offene Gefängnisse, anständige Essensrationen. Seine Ideen für die Rehabilitation der Banditen waren viel weiter gegangen, blieben aber zunächst eine Utopie. Er hatte die Errichtung von einer Anzahl offener Gefängnisse in der Art von *ashrams* (einfache, hinduistische Einsiedelei) vorgeschlagen, mit Möglichkeiten für die ehemaligen Banditen, Land zu bebauen und andere Tätigkeiten der Heimindustrien zu erlernen und auszuüben. "So könnten ihre unbestreitbaren Energien und Führungsqualitäten für den Aufbau eines neuen Lebens mobilisiert werden", hatte der populäre Organisator der Kapitulationen hoffnungsvoll erzählt.

Die vielen *ashrams* blieben eine schöne, utopische Rehabilitationsidee, einige ehemalige Bandenanführer allerdings schlugen die erstaunlichsten Wege ein, um nach ihrer Haftzeit ein neues Leben für sich aufzubauen. Mohar Singh (heute fast fünfzig Jahre alt und viel runder geworden seit seiner Banditenzeit), damals auf der Flucht mit 25.000 Rupien Kopfgeld, wurde Landwirt und widmete sich der Politik als Anhänger der Congress Partei. (...)

Pancham Singh, der sich 1972 ergeben hatte, leitet heute in Lahar, einem kleinen Dorf in Madhya Pradesh, zusammen mit seiner Tochter, eine kleine Raj-Yoga-Schule. Er ist eifriges Mitglied der religiösen Sekte der Brahma-Kumaris, die Gott Shiva verehren. (...)

Die farbigste Entwicklung machte wohl der berüchtigte Madho Singh durch. Er ließ sich von einem Freund in die Zauberkunst einweihen und zog mit seinem Namen Massen an bei seinen großangelegten Vorführungen in Gwalior und anderen Städten von Madhya Pradesh. (...)

Nach 1972, nach dem Erfolg dieser Aktion, wurde die freiwillige Waffenniederlegung zu einer akzeptierten Alternative zu den tödlichen "encounters" (Schußgefechte zwischen Polizei und Banditen). Immer wieder ergaben sich einzelne Banden und Banditen der Polizei; bei schwierigen Fällen bemühten sich Politiker und Polizeioffiziere darum. Als seit Mitte der siebziger Jahre sich wieder eine neue Generation von Banditen – Malkhan Singh, Baba Mustaqueem, Ghanshyam, Babu Gujar, Vikram Mallah, Phoolan Devi – mit ihren Rachemorden, Raubüberfällen und Entführungen einen Namen machte, griff die Polizei verstärkt zurück auf die altbewährte militärische Methode der Eliminierung von Banditen mit "encounters". Das Operationsgebiet der großen Banden war diesmal mehr auf der anderen Seite der Grenze, in Uttar Pradesh. Innerhalb von weniger als zwei Jahren wurden 3.000 Banditen in Uttar Pradesh getötet. (Mir kamen diese Zahlen so unglaublich vor, daß ich hoffte, daß meine Quellen – K. Mukherjee und B.R. Singh in *The Week* – einem Irrtum erlegen seien. Govind Singh gab in dem Buch "Dasyu sundari. Phoolan Devi" allerdings ähnliche Zahlen an: 1980 wurden in Uttar Pradesh 1.080 Banditen getötet und 10.427 gefangengenommen!)

Die "encounter"-Hetzjagd auf die großen Banden von Malkhan Singh, Ghanshyam und Phoolan Devi zwang sie schließlich auch, sich zu ergeben. Nicht in Uttar Pradesh, sondern im benachbarten Madhya Pradesh, wo sie sich bessere Chancen ausrechneten, nicht in eine Polizeifalle zu geraten, wie Chhabiram im März 1982. Sie hofften bei ihrer Kapitulation auf erleichterte Haftbedingungen und mildere Strafbehandlung, so wie es seit den Kapitulationen von 1972 üblich war.

PHOOLAN DEVI ZEIGT SICH

Keiner hätte in den anderthalb Jahren nach Phoolan Devis aufsehenerregenden Morden an den Thakurs in Behmai daran geglaubt, diese inzwischen zu einer Legende gewordene Banditenkönigin einmal wirklich sehen zu können. Keiner dachte an ihre Kapitulation. Zu oft schon hatte die Polizei geglaubt, sie fest in die Falle gejagt zu haben. Phoolan Devi und Man Singh konnten jedesmal auf die unglaubwürdigste Weise entkommen, aber ihre Bande schrumpfte zusammen und ihre Zufluchtsmöglichkeiten reduzierten sich sehr schnell. Schlimmer noch, sie waren von ihren örtlichen Versorgungsquellen abgeschnitten. Einige Zeit lang, in der ganzen zweiten Hälfte des Jahres 1981, tauchten sie völlig unter, vermutlich im Dickicht des Dschungels. Keine Raubüberfälle, keine Entführungen. Es wurde still um sie.

Ende 1981 schloß sich ein Abtrünniger von Malkhan Singhs Bande ihnen an. Er fand sie in sehr schlechter Verfassung vor; sie tarnten sich zu dieser Zeit als Holzhacker. Später kam eine weitere Hilfe hinzu: Surendra Nath Tomar, ein Bandit der Rajput-Tomar-Kaste, machte gemeinsame Sache mit ihnen. Langsam bauten sie ihre Kräfte wieder auf und schafften es, sich bis zur Grenze zwischen Uttar Pradesh und Madhya Pradesh vorzutasten. Dortschlugen sie Quartier auf bis Ende 1982. In einer bewaffneten Konfrontation mit der Polizei im November 1982, auf die sie überhaupt nicht vorbereitet waren, wähnte man Phoolan Devi tödlich getroffen; sie kam mit einer Verwundung davon.

Mit der Unterstützung von Muslim (dem Bruder von Mustaqueem), der früher auch Malkhan Singhs Bande angehörte, verließ Phoolan Devi die Landesgrenzen von Uttar Pradesh und fand Unterschlupf in Bhind, im Territorium des Unionsstaates Madhya Pradesh. Hier in Madhya Pradesh unternahm sie Bemühungen, Fühler zu der Polizei auszustrecken wegen einer möglichen Kapitulation. Anfang Januar ließ sich der Superintendent von Bhind, Rajendra Chaturvedi, von einem Kontaktmann zu ihr in die Schluchten führen. Er ging unbewaffnet, nahm Fotos von ihrer Familie mit zu ihr, und es gelang ihm, ihr Vertrauen zu gewinnen. Sie war überglücklich, nach so langer Zeit ihre Mutter und ihre Schwester wenigstens auf Fotos sehen zu können. Er fragte sie, warum sie ein *baghi* geworden sei. Sie erzählte ihm von ihrer unglücklichen Ehe, ihrer Erniedrigung und Mißhandlung durch Männer, von dem Landstreit zwischen ihrem Vater und ihrem listigen Onkel, vom Mord an ihrem Freund Vikram Mallah.

Vor allem anderen wollte sie ihre Familie wiedersehen; es war die erste Bedingung ihrer Kapitulationsbereitschaft, daß sie ihre Familie würde wiedersehen können. Ihre Familie sollte aus ihrem Dorf nach Madhya Pradesh gebracht werden, damit sie mit ihrer Mutter und Schwester sprechen könne, noch bevor sie die Waffen niederlegte. Der Superintendent Rajendra Chaturvedi (der später in einer Erklärung für die Presse von dieser Begegnung ausführlich erzählte) versprach, ihr diese Bedingung zu erfüllen. (Sie konnte tatsächlich nachher mit ihrer Familie zusammenkommen.) Das war Phoolan Devis erstes offizielles Gespräch über eine mögliche Kapitulation. Einen Monat später ergab sie sich.

Auf einer feierlichen Zeremonie in Bhind legte sie am 12. Februar 1983 die Waffen nieder. Ihr Gefährte Man Singh Yadav und sechs weitere Mitglieder ihrer Bande ergaben sich mit ihr. Auch der gefürchtete Baba Ghanshyam und seine Bande — fünfzehn Männer und eine Frau — legten ihre Waffen bei der offiziellen Feier nieder. Baba Ghanshyam, eine große stattliche Figur mit langen, wehenden Haaren bis zu den Schultern und einem langen dichten Bart und einer *mala* (geweihte Kette) um den Hals, machte eher den Eindruck, ein *sannyasin* (Meditationsschüler) zu sein als ein Banditenführer. Seine Waffe, ein "self-loading-rifle", die angeblich 250.000 Rupien wert war und die er stolz vor dem Bild der Göttin Durga niederlegte, hatte allerdings keinem *sannyasin* gehört. Phoolan Devi war bei alldem der Mittelpunkt des Ereignisses.

Es war ein milder, sonniger Wintermorgen. Auf der Dachterrasse eines örtlichen *mahavidhyalaya* (College) in Bhind, die das große Gelände ringsum überblickte, war eine Ehrentribüne errichtet worden, wo die Banditen ihre Waffen vor dem Landesminister von Madhya Pradesh niederlegen sollten. Tausende von Menschen — Neugierige, Bewunderer, Sensationslustige, die aus den umgebenden Dörfern und Städten gekommen waren, Scharen von Reportern und Fotografen — warteten in den frühen Morgenstunden auf dem staubigen Gelände dieses Colleges in Bhind, um endlich die wirkliche Phoolan Devi sehen zu können. Es wurde behauptet, daß nicht einmal bei einem öffentlichen Auftritt von Indira Gandhi so viele Reporter und Fotografen sich an einem Ort versammelt hätten, wie bei der Waffenniederlegung von Phoolan Devi.

Als Phoolan Devi auf die Ehrentribüne zuging — die Schultern eingewickelt in einem roten Wollschal über ihrer Khaki-Polizeiuniform, ein breites, rotes Stirnband um ihre schwarzen Haare — und ihr 315er Gewehr und ihren Munitionsgurt vor den Bildern der Göttin Durga und Mahatma Gandhis niederlegte, erhob sich die Menge mit jubelndem Geschrei. Die Banditenkönigin kniete sich vor den Landesminister, küßte seine Füße als Zeichen ihrer Ergebung und legte ihm eine dicke Blumengirlande um den Hals. Ihre Bandenmitglieder folgten ihr nach. Phoolan Devi sah alles andere als glücklich aus. Konfrontiert mit einer Batterie von Fotografen, die die Ehrentribüne auf der Terrasse umzingelten, und den donnernden Zurufen aus der Menge von unten, starrte sie düster vor sich hin. Erst als sie vom Podest die Zuschauermenge mit erhobenen Händen grüßte, fing sie an zu lächeln.

Sie hatte eine lange, nervöse Zeit des Wartens auf diese Kapitulation hinter sich gebracht. Zuerst die geheimen Kontakte mit dem Superintendenten Rajendra Chaturvedi; dann das unsichere Warten auf die Einwilligung durch höhere Regierungsstellen; und das Warten darauf, ob ihre Familie in Sicherheit zu ihr gebracht werden würde. Ein Bandenanführer, Muslim, der für sie die Kontakte mitangebahnt hatte, war bei einem überraschenden Polizeiangriff angeschossen worden und lag — bewacht von der Polizei — im Krankenhaus von Gwalior. Und das, obwohl die Gegend wegen der Kapitulationsverhandlungen zu einer Friedenszone erklärt worden war. Einige Tage vor der offiziellen Kapitulation waren beide Banden, Phoolan Devis und Ghanshyams Bande, in einem kleinen Dorf, um die siebzig Kilometer entfernt von Bhind, in einem Zelt-Camp untergebracht worden. Noch bis zum letzten Augenblick, als sie in den dunklen Nachtstunden in Bussen nach Bhind gebracht wurden, hatten ihre Nervosität und Unsicherheit sie nicht verlassen. Mehrere Reporter hatten sich schon dort eingefunden; Phoolan hatte alle temperamentvoll fluchend weggescheucht.

Die wirkliche Phoolan ließ sich nicht so glatt vor ihr eigenes legendäres Spiegelbild stellen. Sie war klein und schmächtig, derb in der Sprache, sie fluchte kräftig und zeigte nicht die geringste Bemühung, ihre Verachtung für ihren *darbar* (Hof) von Presseleuten und Fotojägern wegzuschminken. Viele waren enttäuscht, daß sie dem legendären Bild der *dasyu sundari* (Banditenschönheit) nicht entsprach, auch nicht die geheimnisvolle, charismatische Aura einer Königin der Banditen zeigte. (...)

Eine Banditin mußte schön sein, damit man vor der darin verborgenen bösen Kraft erschaudern und sich ihrer Faszination hingeben konnte. Es gibt eine so tief sitzende Faszi-



Tierra y libertad!

Zapatas Grosskinder kämpfen für ihre Rechte

Der Krieg im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, der für die mediale Weltöffentlichkeit am Neujahrstag begonnen hat, ist für die indigene Bevölkerung schon seit Generationen Realität. Auch ist die Existenz der Ejército Zapatista de Liberacion Nacional, EZLN, also der Zapatistischen Befreiungsarmee nicht eine Neujahrsüberraschung, von der in Mexiko niemand gewusst hat. Um ein neoliberales Wirtschaftsmodell zu fördern, von dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) mit den USA und Kanada von zentraler Bedeutung ist, musste Mexikos führende Elite das soziale Konfliktpotential verleugnen und hoffen, dass das Pulverfass mit kleinen Reformen unter Kontrolle gehalten werden kann. Ihre Rechnung ist nicht aufgegangen; die EZLN hat der Weltöffentlichkeit unmissverständlich die Realität Mexikos vor Augen geführt.

Um die wirklichen Hintergründe die zum Aufstand geführt haben zu verstehen, müssen wir weit zurückschauen bis in die Tage der mexikanischen Revolution die letztlich, wie das bei so vielen „Revolutionen" der Fall ist, nur die Machtübernahme einer ausbeuterischen Elite von der alten Oligarchie gewesen ist, im Namen des „Volkes".

Die unvollendete mexikanische Revolution

In den Jahren 1910-1920 kämpfen verschiedene Gruppen um die Macht in Mexiko und um die Umsetzung der revolutionären Forderungen. Die mexikanische Revolution beginnt 1910, nachdem General *Porfirio Diaz* abgesetzt worden ist. Dieser ist zuvor 30 Jahre an der Macht gewesen. Unter der Porfirianischen Diktatur gehen in Mexiko bedeutsame Veränderungen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet vor sich. Ausländische Konzerne, denen Tür und Tor geöffnet werden, bemächtigen sich in zunehmendem Masse der Reichtümer des Landes. Durch keinerlei Kontrolle eingeengt und von Abgaben so gut wie befreit, legen vor allem britische und nordamerikanische Gesellschaften ihr Kapital in Mexiko an. Zudem gelingt es Porfirio Diaz mit Hilfe seines Unterdrückungsapparates, vor allem der von ihm geschaffenen Landpolizei, der Rurales, was noch keiner zuvor vermochte: den indianischen Dorfgemeinschaften das ihnen seit Jahrhunderten benutzte und auch zuerkannte Land zu rauben. 1911 besitzen nur noch 3,4% des BäuerInnen eigenen oder der Gemeinschaft (ejido-Land) gehörenden Boden.

Nach dem Sturz von Diaz bildet sich eine neue provisorische Regierung unter *Madero*: Bei den Wahlen von 1910 tritt Madero, unterstützt von verschiedenen neugegründeten oppositionellen Parteien gegen Diaz an, der sich zum siebten Mal „wählen" lassen will. Wenige Tage vor den Wahlen wird Madero jedoch verhaftet. Gegen Kaution freigelassen, flieht er in die USA und ruft die mexikanische Bevölkerung auf, die Waffen zu ergreifen und sich zu erheben. In verschiedenen Regionen bilden sich darauf bewaffnete, hauptsächlich aus Bauern bestehende Gruppen; die Revolution beginnt.

Madero stammt aus einer einflussreichen und wohlhabenden Familie, die Teil einer neuen aufstrebenden bürgerlichen Schicht ist, die in den letzten Jahren der Diaz-Diktatur im Norden Mexikos entstanden ist. Sie bauen Fleischverarbeitungsfabriken und Getreidemühlen, einige unter



In Zapatas Armee, wie heute in der EZLN gibt es auch kämpfende Frauen, die jedoch (fast) nie erwähnt werden

ihnen beginnen sogar eine Rohstoffproduktion. Diese neue Bourgeoisie steht in heftiger Opposition zu Diaz und zur Oligarchie, denn sie beansprucht Teilnahme an der Regierung. Sie ist ausgesprochen anti-amerikanisch, denn die im Norden vorherrscheden nordamerikanischen Gesellschaften hemmen ihre Entwicklung auf Schritt und Tritt.

Emiliano Zapata, einer der Führer der verschiedenen bewaffneten Gruppen, die das Diaz-Regime besiegt haben, sagt sich schon im September 1911 vom Präsidenten Madero los. Er will die Hacendados (Grossgrundbesitzer) verjagt sehen und verlangt die sofortige Rückgabe, des geraubten Bodens. In seinem *Plan von Ayala*, der für lange Zeit das Credo der Verfechter der Agrarreform bleibt, erklärt Zapata den Präsidenten Madero zum „Verräter des Vaterlandes", verlangt die Rückerstattung des Bodens an die indianischen Dorfgemeinden, die Enteignung und Aufteilung des dritten Teils aller Haciendas, sowie die entschädigungslose Konfiszierung und gänzliche Zerschlagung der Ländereien, deren Besitzer sich als Feinde der Revolution erweisen.

Im Jahre 1913 wird Madero von dem von ihm selber eingesetzten Obrkommandierenden der Armee, General *Victoriano Huerta*, ermordet. Huerta errichtet darauf eine Militärdiktatur, mit dem Ziel die alte Oligarchie wieder an die Macht zu bringen. Als erster der zur Zeit von Huertas Staatsstreich amtierenden Gouverneure, lehnt sich *Venustiano Carranza* gegen Huerta auf. Schnell schliessen sich die führenden Maderisten, darunter *Pancho Villa*, dem Aufstand an. So beginnt die zweite Phase der mexikanischen Revolution: die Periode des Kampfes gegen Huerta und die Zeit der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den sich zersplitterten revolutionären Kräften.

Doch bereits der Plan von Guadalupe, den Carranza im März 1913 verkündet, beweist, dass er ebensowenig wie Madero beabsichtigt, strukturelle Veränderungen im Interesse der Massen, vor allem der Bauern, durchzuführen. In diesem Plan ruft er lediglich zum bewaffneten Kampf gegen den Usurpator und Verräter Huerta auf, erklärt die legislativen und juristischen Gewalten der Föderation für aufgelöst und ernennt sich selbst zum obersten Befehlshaber – Primer Jefe – der Armee. Ferner sieht der Plan vor, dem „Bürger Carranza" bis zu allgemeinen Wahlen die Exekutivgewalt zu übertragen.

Im Sommer 1914 ist Huerta geschlagen; er tritt zurück und verlässt das Land; aber der ersehnte Frieden kehrt nicht ein. Eher verschärfen sich die Gegensätze zwischen den drei wichtigsten Anführern der Revolution: Carranza, Villa und Zapata. Zu den Bemühungen, den Ausbruch offener Feindseligkeiten zu verhindern, gehört die Konvention von Aguacalientes, die im Herbst 1914 an einem Treffen verabschiedet wird, und in der sich Carranzistas, Villistas und Zapatistas „im Interesse der Weiterführung der Revolution" um eine Einigung bemühen.

Im Gegensatz zu Villa erkennt Zapata Carranza niemals an. Versuche Carranzas ihn zu gewinnen scheitern, da die Forderungen Zapatas – bedingungslose Anerkennung und sofortige Durchführung des Plans von Ayala (Enteignung der Grossgrundbesitzer, Aufteilung des Landes an die Gemeinden), sowie entscheidende Positionen für Zapatistas in der Regierung – für Carranza unannehmbar sind. Als die Unversöhnlichkeit der Standpunkte manifest wird, wendet sich Zapata mit einem Aufruf an das mexikanische Volk. Darin heisst es: „Was bieten uns Carranza und seine Leute? ... Pressefreiheit für jene, die nicht lesen können; freie Wahlen für jene, die die Kandidaten nicht kennen, eine korrekte Rechtssprechung für jene, die niemals mit einem Anwalt zu tun hatten... Aber mit oder ohne Wahlen, mit einem effektiven Wahlgesetz oder ohne, mit der Porfirianischen (Diaz) Diktatur oder der Demokratie Maderos, mit einer geknebelten oder freien Presse bleibt das Schicksal des Volkes das bitterste." Und er zieht das Fazit: „Den Kampf bis zum endgültigen Siege der Sache des Volkes fortsetzen!"

Mehr als jeder andere Führer der Revolution trägt Zapata durch einschneidende strukturelle Veränderungen in den von ihm kontrollierten Regionen zur Verbesserung der Lage der BäuerInnen bei. Seine Bodenreform ist radikaler, konsequenter und eindeutiger als die Villas, und wenn sein Plan von Ayala in späteren Dekreten von Carranza überboten wird, so geschieht dies bei ihm nur auf dem Papier. In Wirklichkeit ist es Zapata, der selber darüber hinausgeht.

Im Februar 1917 verkündet die Nationalversammlung der revolutionären Volksvertreter eine neue Verfassung, die noch heute (zum Teil) in Kraft ist. Das neue Grundgesetz schafft den Feudalismus ab, führt das allgemeine Wahlrecht (für Männer), sowie eine progressive Arbeitsgesetzgebung ein, die das Streikrecht beinhaltet, und proklamiert das Recht der Bauern auf eigenen Ackerboden (§27). Der Artikel 27 beinhaltet das Recht jedes Landbewohners auf wenigstens 5 Hektar Ackerboden. Ejidaland (kollektives Gemeindeland) ist unverkäuflich und fällt an die Gemeinde zurück, wenn es zwei Jahre hindurch nicht bebaut wird. Die Höchstgrenze an Privateigentum wird gesetzlich beschränkt.

Zur gleichen Zeit wird Carranza zum Präsidenten von Mexiko gewählt. In den fünf Jahren seiner Macht verteilt Carranza jedoch nur 173'000 ha Land an die BäuerInnen; seine schlagkräftigsten Armeen setzt er gegen die BäuerInnen ein, die mit der Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft ihr Kampfziel nicht erreicht sehen, und die Revolution bis zur Durchsetzung der Interessen der breiten Massen fortsetzen wollen.

Zapata wird am 10. April 1919 von einem Carranza-General, der vortäuscht auf die Seite Zapatas überzugehen, hinterrücks ermordet. Mit dem Tod Zapatas ist auch seine Armee bald geschlagen.

Pancho Villa, der mit Carranza im Jahre 1915 gebrochen hat, erweist sich als sein militärisch stärkster Gegner. 1920 muss sich Villa geschlagen geben, nachdem es wiederholt zu blutigen Schlachten zwischen Villistas und der Armee Carranzas gekommen ist. 1923 wird Pancho Villa ermordet; von wem der Mörder beauftragt ist, wird in der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Mehr als eine Million Menschen verlieren während den Revolutionsjahren ihr Leben, das entspricht 10% der damaligen Bevölkerung!

Landreformen und Verstaatlichung der Industrie

Seit 1929 herrscht die *Partido Revolucionario Institucional (PRI)*, zuerst noch unter anderem Namen. Ihr Motto lautet „sich wandeln, damit alles beim alten bleibt"; geschickt versteht sie es mit Reformen die Opposition zu vereinnahmen, respektive mit brutalster Repression jene, die sich nicht vereinnahmen lassen, zum Schweigen zu bringen.

Nach der Niederschlagung der revolutionären Kräfte und der Ermordung Pancho Villas und Zapatas, stagniert die Revolution. Trotz der in der Verfassung vorgeschriebenen Landreform hat sie in der Praxis nicht stattgefunden. Anfangs der 30er Jahre besitzen 14'000 Grossgrundbesitzer 83% des Landes. Dies zwingt viele der landlosen Bauern in die USA auszuwandern, um dort Arbeit zu suchen. Zwischen 1930 und 1933 werden zehntausende ImmigrantInnen aufgrund des Harris Act nach Mexiko zurückgeschafft.

Erst unter Lazaro Cardenas, der 1934 zum Präsidenten gewählt wird, gibt es seriöse Anstrengungen die Landreform durchzusetzen. Unter Cardenas werden 18 Millionen Hektar Land an 800'000 Bauern verteilt. Nach grossen Streiks in den Ölraffinerien, enteignet und verstaatlicht Cardenas im Jahr 1938 auch die englischen und amerikanischen Ölgesellschaften. Wegen der eigenen innenpolitischen Krise und dem drohenden Krieg in Europa verzichten die USA auf eine weitere militärische Intervention und begnügen sich mit 24 Millionen Dollars Entschädigung für die Verluste. Ein Jahr zuvor ist bereits die von nordamerikanischen Firmen erbaute Eisenbahn verstaatlicht worden. Auch die kanadische Elektrizitätsgesellschaft der Stadt Mexiko wird enteignet.

Das mexikanische Wunder

Zu Beginn der 40er Jahre wird der Industrialisierungsprozess in Mexiko beschleunigt – mit der Folge erneuter Abhängigkeit von der USA. Dies ist die Basis für das wirtschaftliche Wachstum, das bis Ende der 70er Jahre anhält. Die Industrialisierung wird durchgesetzt mit der Strategie, ehemals importierte Güter im eigenen Land zu produzieren. Ausländisches Kapital und Technologie ermöglichen den Aufbau der neuen nationalen Industrien, aber anstatt der industriellen Autonomie kauft die Regierung damit die bleibende Präsenz der multinationalen Konzerne. Protektionistische Massnahmen, massive staatliche Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur und die Entwicklung staatlicher Industriesektoren sind notwendig für die industrielle Vitalität. Staatliche Firmen in strategisch wichtigen Bereichen, wie im Kommunikations-, Elektrizitäts-, Strassenbau-, Nahrungsmittel- und Energiesektor werden gegründet. Ausländische Investitionen konzentrieren sich auf die Fabrikation von Exportgütern. 90% davon sind abhängig vom US-Markt. Diese Faktoren machen das sogenannte „mexikanische Wunder" aus.

Kämpfe gegen die Regierung

Von diesem Wunder profitieren vor allem ca. 300 Familien, die 50% des nationalen Reichtums besitzen, während heute über 40 Millionen MexikanerInnen im Elend leben. Das anhaltende Wirtschaftswachstum bedingt nicht nur massive staatliche Investitionen und Protektionismus, sondern auch niedrige Löhne und eine kontrollierbare ArbeiterInnenschaft. Alle grossen Gewerkschaften des Landes stehen unter der Kontrolle der PRI und dienen dem reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Autonome gewerkschaftliche Organisierung ist im ganzen Land verbreitet, wird aber mit brutalen Mitteln bekämpft.

Trotzdem hat die kämpferische Tradition der Bevölkerung nie gebrochen werden können und formiert sich immer wieder in neuen Kämpfen und Organisierungen:

1940 werden 11 Gewerkschaftsführer erschossen, als sie vor dem Haus des Präsidenten Unterschriften für ihre Forderungen sammeln.

1942 greifen Truppen eine Demonstration an, die den Streik beim Nationalen Polytechnischen Institut in Mexiko City unterstützen; 11 StudentInnen werden ermordet.

1952 protestiert eine Oppositionsbewegung gegen die repressive Politik von Präsident Ruiz Cortinez und werden Opfer genau dieser Politik: Am 8. Juli ermordet die Armee 200 DemonstrantInnen.

Trotz diesen Angriffen beharren ArbeiterInnen- und BäuerInnenbewegungen darauf, die Regierung zu konfrontieren, die behauptet, die Ungleichheit sei ein vorläufiges Opfer, dem zukünftiger Wohlstand folgen würde.

1958 widersetzen sich Telegraf-ArbeiterInnen, die demokratische Bewegung innerhalb der nationalen LehrerInnen Gewerkschaft, Öl-Arbeiter und Bahnarbeiter den verschlechterten wirt-

schaftlichen Umständen und kämpfen für die Demokratisierung ihrer eigenen Organisationen.

Die Bahnarbeiter führen einen der militantesten Arbeitskämpfe in Mexikos jüngerer Geschichte. Nach Gewerkschaftswahlen, bei denen die demokratische Führung mit grosser Mehrheit gewinnt, fordert sie sofortige Lohnverhandlungen. Angeführt von *Demetrio Vallejo*, streikt die Gewerkschaft im Jahr 1959 gegen zwei Firmen, die sich weigern zu verhandeln, und bekommen sofortige Unterstützung durch Solidaritätsaktionen im ganzen Land. Drei Tage nach Streikausbruch wird die Gewerkschaftsführung verhaftet, und „ausländische Kommunisten" werden für die Aktionen verantwortlich gemacht. Regierungssoldaten besetzen Bahnanlagen im ganzen Land. 9000 Arbeiter werden fristlos entlassen – und auf diese Weise die Basis der Bewegung zerschlagen. Einige Anführer, darunter Vallejo, werden für Jahre verknastet. „Charro"-Führer übernehmen die Kontrolle der Gewerkschaft. (Der Ausdruck „Charro" bezieht sich auf den Übernamen von Diaz de Leon – El Charro –, der 1948 von der Polizei gewaltsam als Führer der Bahngewerkschaft eingesetzt wird.) Doch viele Jahre später noch tragen Bahnwagen in ganz Mexiko „Viva Vallejo" Parolen.

Auf dem Land entsteht eine neue Bauernorganisation auf Initiative von *Rubén Jaramillo*, eines Veterans der Revolution, der unter Zapata gekämpft hat. Sie will die Forderungen nach der Landreform, für die sich Zapata eingesetzt hat, umsetzen. 1943, nach langen fruchtlosen Verhandlungsversuchen mit Regierungsvertretern, greifen Jamarillo und seine MitkämpferInnen zu den Waffen und führen eine Serie von Guerilla-Aktionen im Staate Morelos durch. Später gründet Jaramillo eine Bauernkooperative in einer Zuckerraffinerie und baut eine kommunale landwirtschaftliche Arbeitsorganisation auf. Im Jahr 1962 werden Rubén Jaramillo, seine schwangere Frau und ihre drei Kinder von Soldaten, die sich als Bauern verkleidet haben, massakriert. Andere Bauernführer, die sich an Protestbewegungen beteiligt haben, werden anfangs 60er Jahre in Oaxaca, San Luis Potosi, Guerrero, Chiapas, Puebla und Zacatecas ermordet.

Trotz der starken Repression gibt es in den 60er Jahren verschiedene Aufstände. In Chihihuahua entstehen in den Jahren 1962/63 zwei Guerillabewegungen. *Lucio Cabanaz*, ein Gewerkschaftsführer und *Genaro Vázquez*, ein Lehrer vom Lande, gehen in die Sierras, um einen sieben Jahre währenden Guerillakrieg im Staate Guerrero zu organisieren. Ihre Aktionen beinhalten die Entführung eines Senators, Banküberfälle und die Waffenbeschaffung in Militärbasen. Solche Aktionen sind der hauptsächliche Ausdruck der bäuerlichen Opposition bis 1974. Dem wird ein Ende gesetzt, als 24'000 Soldaten diese Bewegungen zerschlagen und ihre Anführer ermorden. Als Ausdruck des Widerstandes auf dem Lande haben seither Landbesetzungen und koordinierte Massenproteste zugenommen.

In den 60er Jahren überwiegt die städtische Bevölkerung Mexikos erstmals die auf dem Lande (heute leben ca. 70% in den Städten). Mexiko City wird zu einer der weltweit grössten Städte. Als Folge der Industrialisierung und dem damit verbundenen Strukturwandel entsteht in den Städten eine neue Mittelklasse.

1968 findet die Sommerolympiade in Mexiko statt, der (1.-)Welt-Öffentlichkeit soll gezeigt werden, dass Mexiko ein aufstrebendes Land mit modernster Infrastruktur ist. Eine StudentInnenbewegung, die ein Ende der Repression, das Recht auf Arbeit, ausreichende Ernährung und Wohnraum für alle fordert, ist im Aufschwung und wird immer mehr von ArbeiterInnen und BäuerInnen respektiert und unterstützt. Die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen BäuerInnen, ArbeiterInnen und StudentInnen wird von der Regierung als grosse Gefahr erkannt und muss während der Olympiade von der Strasse verschwinden. Am 2. Oktober 1968 versammeln sich 10'000 Menschen zu einer Demonstration auf dem Tlatelolco in Mexiko City. Sie werden von 5000 Soldaten mit 300 Armeefahrzeugen eingekesselt, die kurz darauf das Feuer eröffnen. Bis zum heutigen Tag ist die Zahl der Todesopfer nicht bekannt, die Schätzungen belaufen sich auf 300 bis 800. Die Weltöffentlichkeit nimmt zum erstenmal Kenntnis von der brutalen Menschenrechtssituation in Mexiko. Trotzdem, die Olympiade findet statt und verläuft ohne grössere Zwischenfälle.

Neoliberale Reformen führen zu wachsender Armut

1982 nimmt in Mexiko das seit den 30er Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum ein abruptes Ende. Die Antwort der Regierung unter *Miguel de la Madrid* (1982-1988) und seinem Nachfolger *Carlos Salinas de Gortari* (seit 1988) ist ein neoliberales Wirtschaftsprogramm: De la Madrid adoptiert ein IWF-Programm, mit dem Ziel die Schuldenkrise zu überwinden. Angespornt durch die Aufhebung des Gesetzes, wonach ausländische Firmen maximal 49% eines mexikanischen Unternehmens besitzen können, verlegen verschiedene US-amerikanische Firmen ihre Produktion nach Mexiko. Das „Maquila" Programm beinhaltet zollfreie Zonen an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze. Dies führt dazu, dass amerikanische Güter nach Mexiko exportiert, dort verarbeitet und als fertige Produkte (z.B. Autos von General Motors) steuerfrei zurück in die USA geliefert werden. Davon profitieren nur die amerikanischen Multis und eine kleine mexikanische Elite. Die MexikanerInnen an den Fliessbändern verdienen weniger als 8% von den Löhnen, die diese Firmen in den USA ihren ArbeiterInnen bezahlt haben, welche unterdessen auf der Strasse stehen. Während de la Madrids Amtszeit steigert sich dann auch die Arbeitslosigkeit in Mexiko von 4,7% auf 17,6%, die Inflation beträgt jährlich um die 100%, sinkende Löhne, Hunger und Armut ergreifen immer breitere Bevölkerungsschichten.

De la Madrid wählt Salinas de Gortari, einen in Harvard studierten Technokraten, als Präsidentschaftskandidaten der PRI aus, um seine Wirtschaftspolitik nach den Wahlen von 1988 fortzuführen. (Laut Mexikos Verfassung kann jeder Präsident nur für eine Amtszeit regieren; alle 6 Jahre gibt es Neuwahlen.) Zwei Jahre vor den Wahlen bildet *Cuauhtemoc Cardenas* (Sohn des populären Präsidenten Lazaro Cardenas) eine „demokratische Strömung" innerhalb der PRI; sie fordert einen Demokratisierungsprozess in der Regierungspartei und ein Ende der Korruption. 1988 verlässt Cardenas die PRI und tritt als unabhängiger Kandidat gegen Salinas an. Im Vorfeld der Wahlen schafft es Cardenas die allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufzunehmen und diese zum Gang an die Urnen zu motivieren. Drei Tage vor dem Wahltag wird Cardenas Wahlkoordinator von Unbekannten ermordet. Tatsächlich gewinnt Cardenas die Mehrheit der Stimmen. Als sich die PRI-Niederlage abzeichnet, stürzen die Wahlcomputer „zufälligerweise" ab. Die PRI bleibt an der Macht, indem sie das Ergebnis fälscht. Offiziell gewinnt dann Salinas mit 50,36%, obwohl in mehreren Staaten der Wahlbetrug nachgewiesen wird. Darauf gründet Cardenas mit anderen Oppositionsparteien die *Partido Revolucionario Democratico (PRD)*.

Wahlbetrüge wiederholen sich öfters in den kommenden Jahren bei lokalen Wahlgängen, dabei kommt es mehrmals zu (zum Teil) bewaffneten Besetzungen der lokalen Regierungsgebäude durch die PRD-Basis; die Führung der PRD, auf den Parlamentarismus fixiert, versucht ihre militante Basis von solchen Aktionen abzuhalten.

Im Jahre 1993 werden 14 Kandidaten der PRD für die diesjährigen Wahlen ermordet.

Salinas de Gortari setzt die Wirtschaftspolitik von de la Madrid fort. Er stellt ein zweiteiliges Modernisierungsprogramm für seine sechsjährige Amtszeit auf: Tiefgreifende wirtschaftliche Reformen und ein freieres politisches System. Er betont jedoch, dass die wirtschaftlichen Veränderungen vor einer Demokratisierung kommen müssen. Über 200 Betriebe, die in den vergangenen 40 Jahren verstaatlicht worden sind, werden wieder an die Privatindustrie verschachert. Diese Reprivatisierungen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der mexikanischen Exportgüter auf dem globalen Markt ankurbeln. Dadurch wird jedoch nur der Konzentration Vorschub geleistet. Die Käufer der wichtigsten Staatsbetriebe gehören zu Mexikos mächtigsten Wirtschaftsgruppen, zusammen mit ausländischen Multis. Das Resultat: Eine kleine Elite, welche die Wirtschaft kontrolliert!

Im Jahre 1992 zerstört Salinas eine weitere Errungenschaft der Revolution: den kollektiven Landbesitz. Das „ejido"-System wird privatisiert; nun bekommt jeder ejidario einen privaten Landbesitztitel. Doch viele sind so arm, dass sie gezwungen sind, das Land zu verkaufen. Eine Landkonzentration in den Händen weniger Reicher ist absehbar. Als Salinas diese Reform ankündigt, steht er zynischerweise vor einem Bildnis Zapatas und bezieht sich dazu noch explizit auf ihn.

Auch streicht die Regierung alle Sozialausgaben, nur die Armee muss keine Kürzungen befürchten. Sie ist den letzten zwölf Jahren von 50'000 auf eine halbe Million Soldaten gewachsen.

Diese neoliberalen Reformen bilden die Voraussetzung, um das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) am 1. Januar 1994 in Kraft treten zu lassen. Eine der Hauptforderungen der US-Getreidemultis bei den NAFTA Verhandlungen war der ungehinderte Export von Mais und anderem Getreide nach Mexiko. Über drei Millionen mexikanischer BäuerInnen bauen Mais an; bisher hat die Regierung den Preis für Mais so hoch festgesetzt, dass ihnen ein überlebenssicherndes Einkommen gewährleistet worden ist. Diese System erforderte allerdings, dass die mexikanische Regierung die Importe sorgfältig kontrolliert, damit das Preisniveau nicht unterlaufen werden konnte. Sowohl mexikanische als auch US-Wissenschaftler haben vorausgesagt, dass das Einkommen der mexikanischen BäuerInnen wegen dem Freihandelsabkommen so dramatisch fallen wird, dass bis ins Jahr 2000 fünfzehn Millionen BäuerInnen von ihrem Land verdrängt werden könnten.

Unabhängige BäuerInnenorganisierung und Repression

In den letzten zwei Jahrzehnten entstehen in ganz Mexiko unabhängige BäuerInnenbewegungen. Ich will kurz auf zwei Beispiele solcher Organisierung eingehen:

Eine Gruppe, die es geschafft hat sich in verschiedenen Staaten zu organisieren, ist die *Nationale Ayala-Plan-Koordination, CNPA*, die 1979 u.a. von Zapatas Sohn Mateo ins Leben gerufen wird. Eine ihrer ersten Aktionen ist die Verhinderung der Überführung von Zapatas Gebeine zum Denkmal der Revolution in Mexiko City. Sie argumentieren, dass Zapatas Körper nicht neben denen seiner Mörder ruhen soll, solange die Forderungen, für die Zapata gekämpft hat, nicht erfüllt sind. Anfangs 80er Jahre erreicht die Organisation nationale Bedeutung, ihre Mittel sind Grossdemonstrationen, juristische Kämpfe und die Verteidigung von ejido-Land. So kann die CNPA die verarmte ländliche Bevölkerung unter der Parole „Land und Freiheit" mobilisieren.

Eine andere, auf den Bundesstaat Chiapas beschränkte Gruppe ist die Organizacion Campesina Emiliano Zapata (OCEZ), die sich mitte der 70er Jahre zu formieren beginnt. Als unabhängige Organisation ist sie immer sehr starker Repression ausgesetzt; so sind seit der Entstehung 30 ihrer Mitglieder ermordet worden. Trotzdem hat es die OCEZ dank ihrem starken Zusammenhalt geschafft, in einigen Regionen von Chiapas der Macht der örtlichen Feudalherren und dem Staatsterror Grenzen zu setzen und den Menschen einen gewissen Schutz und Hoffnung zu geben. Seit Bestehen der OCEZ werden von Seiten des Staates immer wieder einzelne Dörfer angegriffen, in denen die Mehrheit oder alle BewohnerInnen in der Organisation sind. Entweder versucht sie die Leute zu vertreiben, oder zerstören das ganze Dorf, stehlen den kargen Besitz der BäuerInnen und stecken diese für Wochen oder Monate in den Knast. Meistens haben die BäuerInnen das Recht auf Boden nach jahrzehntelangen Kämpfen von irgendeiner Staatsstelle zugesprochen bekommen, doch noch keine Landtitel dafür erhalten. Viele Dörfer werden geräumt, die Leute wegen Landbesetzung angeklagt und der Boden den örtlichen kleinen und grossen Feudalherren zugesprochen. Diese Form der staatlichen Repression gegen die OCEZ, die auch gegen andere, ähnliche Organisationen eingesetzt wird, hat zum Ziel, die Leute einzuschüchtern und die Organisationen zu zerschlagen.

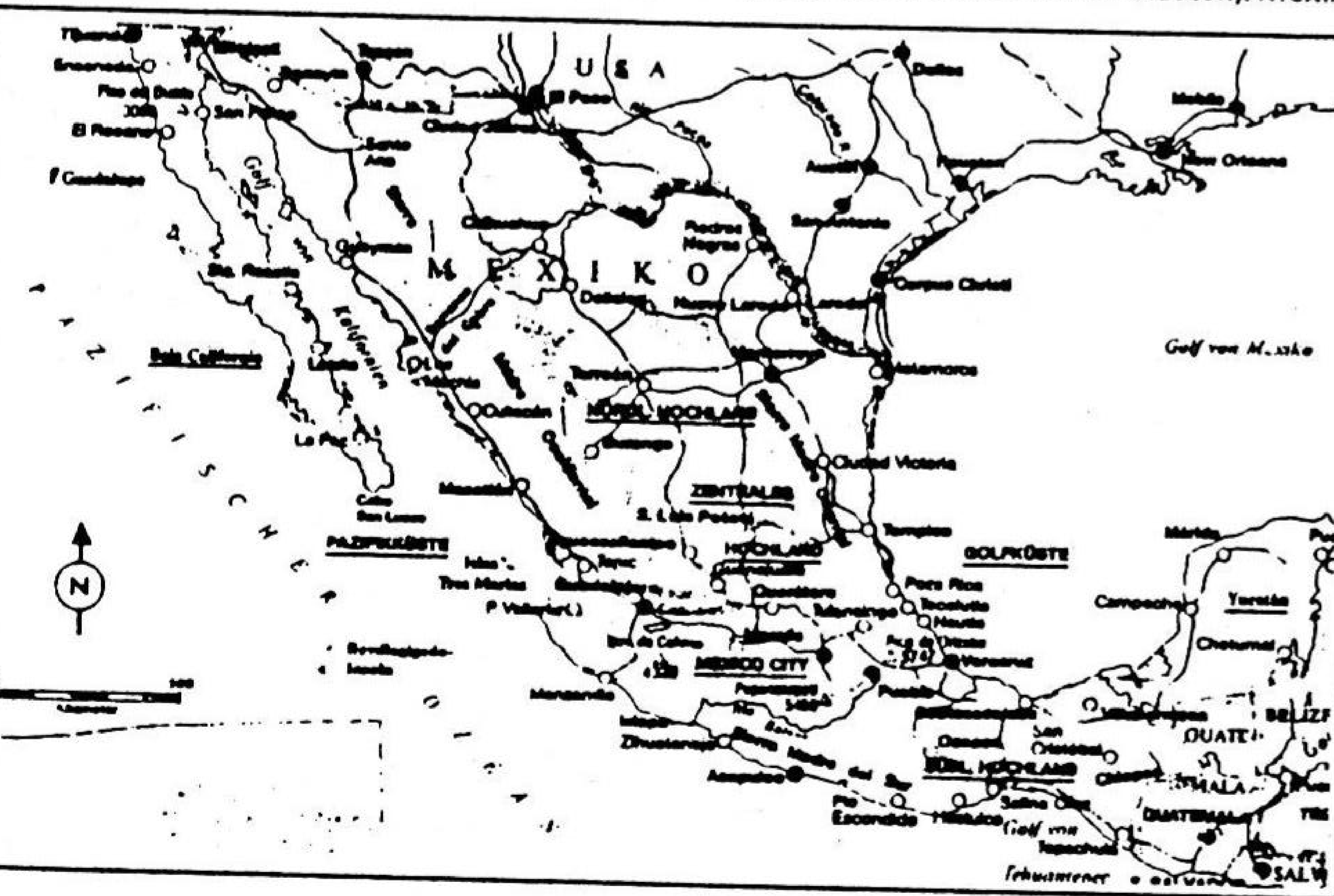
Eine andere Realität dieser Repression sind die landesweit überfüllten Knäste. Es gibt heute über 10'000 politische Gefangene in Mexiko. Die Mehrheit von ihnen kommen aus BäuerInnenorganisationen. Die Bedingungen in den Gefängnissen sind wie überall in Lateinamerika geprägt durch Folter, überfüllte Zellen, mangelnde sanitäre Einrichtungen und das Essen muss wenn möglich von den Angehörigen gebracht werden. Viele der politischen Gefangenen sitzen schon Jahre ohne Prozess, und falls es zu Prozessen kommt, finden diese unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit statt und dauern oft keine 15 Minuten.

Eine BäuerInnenorganisation berichtet, dass zwischen 1982 und 1985 allein in Chiapas 380 BäuerInnen umgebracht worden sind. (Dies fällt in die Zeit als der ehemalige Armeegeneral *Absalon Castellanos* Gouverneur von Chiapas war, der heute von der EZLN als Geisel gehalten wird.) Eine Studie, die das Kongressmitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei, Alejandro Encinas erstellt hat, dokumentiert die Ermordung von 525 BäuerInnen im ländlichen Mexiko zwischen 1982 und Mitte 1985. Nach Encinas Studie sind beinahe die Hälfte dieser Morde von Staatsautoritäten begangen worden.

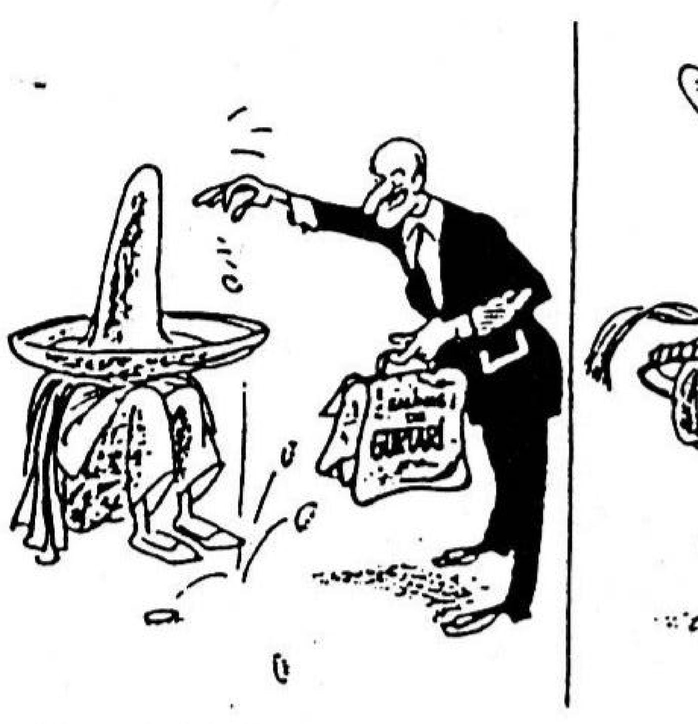
Zur Situation in Chiapas

„Für uns", erklärt Luiz Lopez Vazquez, Generalsekretär der Bauernvereinigung in Chiapas, „ist das eine alltägliche Realität. Gleich in welchem Moment, in welchem Jahr oder zu welcher Stunde, werden wir ständig unterdrückt... Wenn wir nicht geräumt werden, werden wir ermordet, und diese Tode bleiben ungesühnt. Uns wird nie mitgeteilt, wer dafür verantwortlich ist". Die ökonomischen und sozialen Bedingungen in Chiapas

Nach dem schweren Erdbeben in Mexico City 1985



sind jenen in den Staaten Zentralamerikas ähnlicher als denen in grossen Teilen Mexikos. Ausgebreiteter Mittel- und Grossgrundbesitz (von der Agrarreform der 30er Jahre war Chiapas nicht betroffen) vorkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, extreme Armut, Hunger, verbreiteter Analphabetismus und fast keine ärztliche Versorgung kennzeichnen den Alltag. Nur ca. 23% der Leute, die auf dem Lande leben, haben Zugang zu ärztlicher Versorgung, weshalb Chiapas eine der Regionen mit vielen parasitären und infektiösen Krankheiten ist, zumal die eigene Heilmedizin der indigenen Bevölkerung immer mehr ins Abseits gedrängt wird. (In einem EZLN-Communiqué wird von 15'000 Toten gesprochen, die in den letzten zehn Jahren an heilbaren Krankheiten gestorben sind.) Die überwiegende Mehrheit der Leute arbeitet in der Landwirtschaft. Industrie gibt es neben den drei Fabriken der Nestlé und ein wenig Fischfang kaum. Zusätzlich wird in Chiapas noch rund 30% der gesamten Elektrizität Mexikos aus Stauseen gewonnen, während in Chiapas selbst – laut einer Studie aus dem Jahr 1988 – ca. 35% der Haushalte über keine Elektrizität verfügen. Auch diesbezüglich ist vor allem die Bevölkerung auf dem Lande benachteiligt, ebenfalls beim schlecht oder gar nicht ausgebauten Schulsystem.



Zwar sind im Regierungsprogramm „Solidaridad“ Millionen von Dollars nach Chiapas geflossen, doch werden die nicht gebraucht, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken: Überall in der Touristenstadt San Cristobal werden Pflastersteine verlegt, Parkanlagen herausgeputzt, und auch das Rathaus ist von einem Bauzaun umgeben. Millionen werden zur Förderung des Fremdenverkehrs investiert und für die Profite PRI-naher Bauunternehmen ausgegeben, so ist der zweite Flughafen von Tuxtla Guttierez entstanden. Das Theater, das im Moment für zehn Millionen in San Cristobal gebaut wird, ist ein weiteres Beispiel dieser Politik.

Der Kampf der EZLN

In der Nacht zum 1. Januar, wenige Stunden nachdem die TouristInnen in San Cristobal de las Casas mit Champagner auf das neue Jahr angestossen haben, beginnt die Grossoffensive von über 2000 EZLN-KämpferInnen. Wegen der totalen Nachrichtensperre, die die Regierung ausgesprochen hat, und dem Informationsmonopol der Armee, können wir hier den Ablauf der Kämpfe nur bruchstückhaft wiedergeben.

Neben San Cristobal besetzt die EZLN 6 weitere Ortschaften in Chiapas; sie dringen in Regierungsgebäude ein, zerstören Computer und Archivmaterial, in Ococingo übernehmen sie eine Radiostation. Es werden Apotheken und staatliche Lebensmittelläden geplündert, die Medikamente und Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Die Aufständischen verbreiten mittels Flugblättern eine Erklärung an die Bevölkerung der besetzten Ortschaften. Darin machen sie die Regierung verantwortlich für die miserablen Lebensbedingungen und fordern deren Absetzung.

„Wir sind das Ergebnis von 500 Jahren Kampf, zuerst gegen die Sklaverei, dann gegen die Spanier und für unsere Unabhängigkeit, dann um zu verhindern, dass der nordamerikanische Imperialismus sich uns einverleibte, dann für die Verteidigung unserer Verfassung und um das französische Imperium von unserem Boden zu vertreiben. Danach wollte die Diktatur von Porfirio Diaz uns die gerechte Anwendung der (Agrar)-Reform vorenthalten. Das Volk rebellierte und wählte seine eigenen Führer, nämlich Villa und Zapata, Männer, die aus der Armut kamen – wie wir –, denen die elementarste Bildung vorenthalten wird, damit man uns als Kanonenfutter verwenden und uns die Reichtümer unseres Bodens entwenden kann, und es interessiert keinen, dass wir vor Hunger oder an heilbaren Krankheiten sterben, dass wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein würdiges Dach, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheit, keine Nahrung, keine Ausbildung, kein Recht, unsere Autoritäten frei und demokratisch zu wählen, keine Unabhängigkeit vom Ausland, keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber heute sagen wir: Es reicht! (...)

Wir, integere und freie Männer und Frauen, sind uns bewusst, dass der Krieg, den wir erklären, das letzte, doch gerechte Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen mörderischen, nicht erklärten Krieg gegen unsere Völker. Deshalb bitten wir dich um entschlossene Teilnahme an diesem Kampf für Arbeit, Obdach, Nahrung, Gesundheit, Ausbildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Wir erklären, dass wir nicht aufhören werden zu kämpfen, bevor wir die hier deklarierten Grundformen unseres Volkes erfüllt haben und eine Regierung in einem freien und demokratischen Land bilden können...“

In vier verschiedenen Knästen befreien sie 230 Gefangene. Die Aufständischen greifen die grösste Militärbasis von Chiapas, Rancho Nuevo, in der Nähe von San Cristobal, an. Bei den Gefechten, die zahlreiche Tote fordern, erbeutet die EZLN Waffen. Der ehemalige Gouverneur, Absalon Castellanos, der Chiapas zwischen 1982 und 1988 mit eiserner Faust regiert hat, wird von der EZLN gefangen genommen und als Geisel behalten. 180 weitere Gefangene der EZLN, darunter Polizisten, Soldaten und Angestellte eines staatlichen Spitals werden in den folgenden Tagen allesamt wieder freigelassen. Der Chef der Polizei des Innenministeriums wird ermordet.

Rund 24 Stunden nach Beginn der Offensive zieht sich die EZLN aus San Cristobal, der grössten der besetzten Städten zurück, hält aber die anderen sechs Ortschaften weiterhin unter Kontrolle.

Am 4. Januar leitet Salinas eine Grossoffensive gegen die EZLN und die Bevölkerung von Chiapas ein. 12'000 Soldaten werden ins Kriegsgebiet geflogen. Die Regierung bezeichnet die EZLN nur als „die Gesetzesbrecher“, die von „ausländischen Kommunisten“ gesteuert sind. Innenminister *Patrocinio Gonzales Garrido*, der von 1988 bis anfangs 1993 Gouverneur von Chiapas war, behauptet die Regierung habe von der Existenz einer Guerilla in Chiapas nichts gewusst, obwohl bekannt geworden ist, dass es im Mai 1993 zu Zusammenstössen zwischen der Armee und Guerillas gekommen war, bei denen zwei Regierungssoldaten getötet wurden. (Die spanische Zeitung El Pais schreibt, die EZLN habe ihre Grossoffensive ursprünglich für den 21. November geplant, um das in Kraft treten des NAFTA-Vertrages zu verhindern. Sie hätten den Zeitpunkt jedoch verschieben müssen, weil sie gezwungen waren, ihre ganze Logistik neu aufzubauen, nachdem sie von der Armee entdeckt wurden. Das Militär hatte den Befehl keine Kämpfe zu provozieren um die NAFTA-Verhandlungen nicht zu gefährden.) Salinas bietet einen Waffenstilstand an, falls die Aufständischen ihre Waffen niederlegen, die Geiseln freilassen und die Identität ihrer Anführer bekanntgeben. Die EZLN geht nicht darauf ein. Sie versucht grösseren Zusammenstössen mit der mexikanischen Armee aus dem Weg zu gehen. Geschickt ziehen sich die RebellInnen aus den besetzten Ortschaften zurück, um später die Regierungstruppen aus dem Hinterhalt anzugreifen. In Ococingo werden EZLN-KämpferInnen jedoch von der Armee eingekesselt, und es kommt zu einer blutigen Schlacht.



Die Armee durchkämmt systematisch die Strassen und Häuser der umkämpften Dörfer und nimmt zahlreiche Gefangene. Die Luftwaffe setzt ihre Pilatus-PC-7-Bomber „Made in Switzerland“ ein, indem sie ganze Dörfer bombardiert und unter Beschuss nimmt. (Zwischen 1979 und 1992 lieferte die Bührle-Tochter 88 von den berüchtigten „zivilen“ PC 7 an Mexiko.) Auch Panzer der Armee fahren in den verschiedenen Dörfern ein. Nach und nach werden Berichte von brutalen Menschenrechtsverletzungen von seiten der Armee bekannt. Darin heisst es, dass Soldaten Aufständische gefoltert, sie gruppenweise hingerichtet und wahllos auf ZivilistInnen geschossen haben. In der Hauptstadt Tuxtla Gutierrez ist ein Massengrab mit 48 Leichen gefunden worden, in Ocosingo eines mit rund einem Dutzend verkohlter Körper. Offizielle Regierungsangaben der Kriegsopfer belaufen sich auf 107; unabhängige kirchliche Kreise sprechen jedoch von bis zu 400 Toten. Auch bei der Zahl der Verhaftungen gehen die Angaben auseinander: Die Regierung spricht von 139 verhafteten „Gesetzesbrecher“, während Nichtregierungsorganisationen von „über 200 Bauernguerilleros“ sprechen, die im Landesgefängnis von Tuxtla einsitzen

Am 8. und 9. Januar explodieren in Acapulco und Mexiko City an mehreren Orten Autobomben und richten einen grossen Sachschaden an. Die Regierung sieht sich veranlasst, die Sicherheitsmassnahmen im ganzen Land zu erhöhen. Zu den Anschlägen bekennt sich in einem Communiqué die Geheime Arbeiterpartei des Volkes (PROCUP) und verkündet ihre Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas. (Die PROCUP ist ein Zusammenschluss verschiedener bewaffnet kämpfender Gruppen in Mexiko, unter anderem der Revolutionären Brigade Emiliano Zapata, die Ende der 70er Jahre in Chiapas gekämpft hat.) In den Staaten Michoacan und Puebla werden zwei Strommasten gesprengt, die EZLN übernimmt die Verantwortung. Zudem tauchen in verschiedenen Städten des Landes Flugblätter des EZLN auf, und Parolen auf Wänden und Autobussen zeugen von der Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas. 36 Organisationen und BürgerInnenbewegung rufen zu einer Grossdemonstration in Mexiko City auf. Unter dem Motto „Stoppt das Massaker“ nehmen am 12. Januar über 100'000 Menschen an dem Protestmarsch teil.

Von der militärischen zur politischen Lösung?

Zwar drücken Salinas' Präsidentenkollegen aus Spanien und Argentinien, Gonzales und Menem, ihr Verständnis und ihre „moralische“ Unterstützung für die militärische Lösung des Konflikts aus. Und ein Schreiberling der New York Times meint, die Gefahr des Aufstandes bestehe darin, dass die mexikanische Regierung sich entscheiden könnte, die sozialen Ausgaben zu erhöhen und sich dadurch noch mehr zu verschulden. Vermutlich hat die Erkenntnis, dass trotz brutalster Repression und grossem militärischem Aufwand dem Aufstand kein schnelles Ende bereitet werden kann, und die Angst, das sorgfältig aufgebaute internationale Ansehen Mexikos als Schwellenland vollständig zerstört zu sehen, Salinas dazu bewogen, eine politische 180-Grad-Wende zu vollziehen und nach einer politischen Lösung zu suchen. Am 12. Januar entlässt Salinas seinen alten Freund, den als „Hardliner“ bekannten Innenminister Garrido. An seine Stelle wird der ehemalige Menschenrechtsfunktionär Jorge Carpizo gehievt. Gleichentag ernennt Salinas den populären PRI-Liberalen Manuel Camacho Solis zum „autonomen Friedensemissär“. Salinas betont in einer Ansprache an die Nation, mit der Regierungsumbildung solle der Beachtung der Menschenrechte mehr Nachdruck verliehen und der Weg für die Versöhnung bereitet werden.

Die EZLN legt in einer zweiten Erklärung ihre Bedingungen für allfällige Verhandlungen dar:

1. Einstellung des Feuers beider Parteien im ganzen Kriegsgebiet.
2. Rückzug aller Regierungstruppen aus allen Gemeinden unter vollkommener Wahrung der Menschenrechte der ländlichen Bevölkerung. Rückzug der Regierungstruppen in diejenigen Kasernen in ganz Mexiko, aus denen sie zusammengezogen wurden.
3. Einstellung der willkürlichen Bombardierungen gegen die ländliche Bevölkerung.
4. Auf der Basis dieser drei Bedingungen die Formierung einer nationalen Verhandlungskommission.

Die EZLN schlägt den Befreiungstheologen Samuel Ruiz, Bischof von San Cristobal und die guatemaltekische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu als VermittlerInnen bei allfälligen Verhandlungen vor.

VertreterInnen von 119 Indigena- und Campesino-Organisationen aus Chiapas, die sich am 15. Januar in San Cristobal getroffen haben, unterstützen die EZLN in diesen Forderungen. Sie beschliessen die Bildung eines gemeinsamen Kollektivrats mit je 2 VertreterInnen aller Organisationen. Die von den verschiedenen Basisorga-

nisationen und Dorfgemeinschaften immer wieder erhobenen, von offizieller Seite aber konsequent ignorierten sozialen und politischen Forderungen sollen in einem einheitlichen Katalog zusammengefasst, und vom Kollektivrat in einem künftigen Dialog mit der Regierung vertreten werden.

Zuvor hat Salinas einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, der jedoch nicht sofort in die Realität umgesetzt worden ist. Auch kündigt der Staatschef eine Generalamnestie für „alle an der gewaltsamen Erhebung in Chiapas Beteiligten" an. In den Genuss der Straffreiheit kommen allerdings nur diejenigen, die bis zum 16. Januar „straffällig" wurden, und ihre Waffen innerhalb einer 30-Tage-Frist abgeben. Aber auch nach dieser Ankündigung kommt es zu weiteren Verhaftungen: In Oxchuc z.B. lässt der Dorfpräsident alle BewohnerInnen auf den Hauptplatz kommen, und fordert sie auf jene zu denunzieren, die der „Subversion verdächtigt" sind. Zwei Dutzend Männer werden darauf auf der Stelle an die Armee ausgeliefert und auf Lastwagen abtransportiert.

Die Ruhe, die nach zwei Wochen erbitterter Kämpfe in Chiapas einkehrt ist trügerisch, es kommt immer wieder zu kleinen Scharmützel in den mittlerweile von der Armee besetzten Dörfern. Trotzdem bestehen Chancen, dass es zu Verhandlungen kommen könnte. Mittlerweile hat die Regierung Samuel Ruiz und Rigoberta Menchu als VermittlerInnen akzeptiert. Jedoch hat die Regierung wichtige Vorbedingungen der EZLN für Verhandlungen, nämlich die Anerkennung als reguläre Kriegspartei und der Rückzug der Soldaten in die Kasernen (bis Redaktionsschluss) nicht erfüllt.

Sicher wird sich bald herausstellen, ob es sich bei der 180-Grad-Wende der Salinas-Regierung im Chiapas-Konflikt um blosse Augenwäscherei handelt, oder ob sie ernst zu nehmen ist. Die geschlossene Haltung der Indigena- und Campesino-Organisationen, sowie die ungebrochene Schlagkraft der EZLN, die in ihrem Dialogsangebot betont: „Wir werden kämpfen, bis unsere Forderungen erfüllt sind", bedeuten eine gute Ausgangslage für die um ihre Rechte kämpfende indigene Bevölkerung bei allfälligen Verhandlungen. „Der Frieden in Mexiko kann nicht auf der Basis alter Strukturen wiederhergestellt werden", meint der als Vermittler agierende Samuel Ruiz dazu. Ist die Regierung nicht bereit, den Preis dafür zu bezahlen, so ist ein langwährender blutiger Konflikt absehbar, wie es in den Nachbarländern Guatemala und El Salvador der Fall ist.

Internationale Solidarität

Internationale Proteste, wie die Besetzung des mexikanischen Generalkonsulates in Berlin oder die Demo bei der Ferienmesse in der Züspa in Oerlikon, sind wichtig. Sie bieten eine Möglichkeit, mehr Druck auf die mexikanische Regierung auszuüben, damit sie auf die Forderungen der EZLN eingehen wird. Ein Flugi, das bei der Demo in Zürich verteilt wurde, ruft zu einem Boykott des Tourismus nach Mexiko auf. (Ähnliche Realitäten wie in Mexiko herrschen auch in Staaten wie der Türkei, Sri Lanka, Südafrika, etc.: Auch dort blendet die profitorientierte Tourismusindustrie in ihrer Werbung Repression und Massaker aus.)

Protestieren wir gegen CH-Multis, die sich u.a. auch auf Kosten der mexikanischen Bevölkerung bereichern, indem wir ihre Produkte und Dienstleistungen boykottieren, oder sie direkt angreifen. Das sind z.B.

– Oerlikon-Bührle, bekannter Spekulant, Lebensraumzerstörer und Waffendealer, dessen Flugzeuge PC-7, in Mexiko die Bevölkerung massakrieren und ganze Dörfer zerstören.

– Nestlé Holding AG, welche mit intensiver Fleisch- und Milchwirtschaft die Existenzgrundlagen der BäuerInnen vernichtet.

– Hoffmann-La Roche und Ciba Geigy verkaufen in Mexiko unbehindert Medikamente, die hier verboten sind.

– Nicht zu vergessen die CH-Banken und Versicherungen, die auch überall in Mexiko anzutreffen sind.

Voraussichtlich am 26. Februar wird eine Solidaritätsdemonstration mit der unterdrückten mexikanischen Bevölkerung irgendwo in der Schweiz stattfinden. Nähere Informationen dazu gibt es im Infoladen in der Reithalle.

EZLN – Militante in Altamirano vor dem PRI-Büro



aus "Megafon" 146, Febr.94

KEINE VEREINNAHMUNG VON R.LUXEMBURG UND K.LIEBKNECHT DURCH ANTI-KOMMUNISTEN, REFORMISTEN UND AUCH NICHT DURCH DIE INTERIM !!

Einen weiteren Versuch der Vereinnahmung von Rosa Luxemburg konnte jede/r in der Interim Nr. 269 vom 13.1.94 und das gleich auf der ersten Seite wahrnehmen. Bei kaum einer Marxistin wurden ihre Ideen, Theorien und ihre politische Praxis so verfälscht dargestellt und vereinnahmt wie bei Rosa Luxemburg. Auch die Interim nutzt die Gelegenheit zum 75. Todestag der KommunistInnen R.Luxemburg und K.Liebknecht, um im antikommunistischen Fahrwasser mitzuschwimmen. Die Interim hat nichts eiligeres zu tun, heute 1994, wo der deutsche Imperialismus verstärkt "am deutschen Wesen die Welt genesen läßt", siehe Somalia, Kurdistan, Ex-Jugoslawien etc., eine innere Faschisierung forciert und Sozial- und Rechtsraub betreibt, als R.Luxemburg mit einer Kritik an der Oktoberrevolution 1917 zu "gedenken". Nein, es fällt den Ma(ch)kerInnen der Interim nichts besseres ein, als an ihrem Todestag ihre Kritik an der russischen Oktoberrevolution, die sie im Kerker des deutschen Imperialismus schrieb, die sie aber später zum Teil revidierte, weil sie im Kerker ungenügend Material und Informationen über die Revolution hatte, abzudrucken. Nein, von AntikommunistInnen haben wir auch beim besten Willen nichts anderes erwartet, als daß sie über die Vereinnahmung von R.Luxemburg die erste proletarische Revolution in der Menschheitsgeschichte angreifen. Was glaubt ihr, warum R.Luxemburg während des 1. Weltkrieges im Gefängnis saß, doch wohl nicht wegen ihrer Kritik an der Oktoberrevolution. Nein, sie saß im Kerker als eine revolutionäre Marxistin, als Vertreterin des revol. Proletariats, als eine proletarische Vorkämpferin zum Sturze der deutschen Bourgeoisie für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Auch die Ermordung von R.Luxemburg und K.Liebknecht durch die Schergen der Bourgeoisie und durch die Sozialdemokraten ist ein Zeugnis von ihrem konsequenten Wirken für die sozialistische Revolution in Deutschland und für die Weltrevolution. Das ist der Hauptinhalt ihres Lebens, wofür sie gekämpft und gelebt haben. Nur ein Gedenken ihrer in diesem Sinne, wird ihrem Vermächtnis gerecht. Ein Gedenken weitab von jeder reformistischen, pazifistischen und antikommunistischen Vereinnahmung und Verfälschung. Deshalb wäre es doch sinnvoller gewesen, an ihrem Todestag , wo heute die Imperialisten von einer Friedensepoche reden aber die Neuaufteilung der Welt auf Hochtouren läuft und überall Kriege angezettelt werden, da wäre es sinnvoller einen ihrer glühenden und mitreißenden Artikel gegen den deutschen Imperialismus, der dick im Geschäft ist, und für die proletarische Revolution abzudrucken, zumal der revolutionäre Widerstand in diesem Land ganz schön schwach ist.

Adam Bolschewik

„Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung' ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd wieder in die Höh' richten' und zu Eurem Schrekken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!"

Rosa Luxemburg 1919

Sehr geehrter Herr Bolschewik:
Ihre gutgemeinten Empfehlungen haben wir Keineswegs nur der Faschingszeit wegen, in dieser Zeitschrift berücksichtigen können. Wir finden auch tatsächlich, und da schließen wir uns aufrichtig ihren Bemerkungen an, daß sie ein ausdrucksvolles Beispiel für Rosas Vereinnahmung liefern. Einzig ihren Ausführungen über sogenannte "AntikommunistInnen" konnten wir in diesem Zusammenhang nicht folgen. Stellenweise drängt sich der Gedanke auf, sie meinen damit vielleicht den Text unserer großen kommunistischen Schwester selbst.
Wir sind so frei auch weiterhin Texte von Rosa ohne ihre freundliche Genehmigung abzudrucken.
Mit freundlichen Grüßen

I.

Berlin, Prenzlauerberg: Räumung der Kastanienalle 71

Wir, eine Gruppe obdachloser Jugendlicher und junger Erwachsener, hatten am 02.02.94 die Kastanienallee 71 besetzt.
Zur Situation: Das Gebäude gehörte ehemals der technischen überwachung der DDR. Seit der Wiedervereinigung gehört es dem LAND BERLIN, und soll der Heilsarmee rückübertragen werden. Derzeit wird es von der " Wohnungsbaugesellschaft im Prenzlauer Berg " (WIP) verwaltet. Es steht jetzt seit 1 1/2 Jahren leer und wird seit dieser Zeit voll beheizt, während draußen Leute in menschenverachtenden Wohnverhältnissen leben müssen. Uns ging es in erster Linie darum, Wohnraum für obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen. Dieses Haus sollte außerdem für viele andere Projekte, wie Workshops, Café mit Essen zum Selbstkostenpreis, Kinderbetreung, Selbsthilfegruppen, etc. offen stehen und genutzt werden.

Es kam dazu, daß am 07.02.94 um ca. zwölf Uhr mittags, die WIP uns aufforderte, daß Haus innerhalb einer Stunde zu verlassen, da sonst Räumung drohe. Es war uns innerhalb dieser Zeit möglich, Presse und UnterstützerInnen zu alarmieren sowie das Haus abzusichern. Kurz vor 13.30 Uhr kamen dann auch schon die "GesetzeshüterInnen" mit 3 Wannen und 2 Sixpacks an. Es waren zu dem Zeitpunkt 10 BesetzerInnen im Haus, 40-60 UnterstützerInnen davor und mitten drum rum die Presse. Es wurde den Bullen von aussen her der Zugang in das Hofgebäude verwehrt. Eine Stunde später tauchten dann die WIP und VertreterInnen des Bezirksamtes Prenzlberg auf, um mit am Runden Tisch zu verhandeln. Die Verhandlungen ergaben, daß nach einer friedlichen Lösung gesucht werden sollte. Wie sich aber bei Gesprächen mit der WIP offenbarte, war damit ein friedliches Verlassen der BesetzerInnen aus dem Haus seitens der WIP gefordert. Die WIP arbeitete von Anfang an klar gegen uns. Frau Riekehrt (WIP) sagte nach der Verhandlung, es würden keine Mietverträge für die Kastanie 71 ausgestellt werden und für Kompromisse seie sie nicht bereit. Uns wurde für das Verlassen 24 Stunden Zeit gegeben (bis Mittwoch, 14 Uhr).

Nach langen Gesprächen mit der WIP und einigen Sozis im Hof des besetzten Hauses gingen einige Leute von uns zum BesetzerInnenrat, um einen neuen Runden Tisch einzuberufen. Verschiedene StadträtInnen unterschrieben unseren Antrag für das nochmalige Zusammenkommen des Runden Tisches. Dieser wurde für Mittwoch, den 08.02.94, 13 Uhr einberufen. Inzwischen hatten wir die ganze Nacht Zeit Flugblätter zusammen zu stellen , Presseerklärungen zu Faxen und Öffentlichkeit zu schaffen.Barrikaden wurden noch am selben Abend errichtet.Am nächsten Tag organisierten wir schließlich bis 14.00 Uhr die letzten Vorbereitungen zur passiven Verteidigung. Ab 13.00 Uhr begann der Runde Tisch mit StadträtInnen, BürgerInnen-initiativen, Polizeieinsatzleiter,WIP und sonstigen Vertreter-Innen.Es wurde diskutiert und diskutiert... Dabei zeigte sich folgendes Bild: Alle Beteiligten bis auf die Wohnungsbau-gesellschaft waren grundsätzlich mit einem Kompromiss , d.h. einer befristeten Nutzung einverstanden.Es wurde vereinbart um 16.00 Uhr mit dem WIP Chef eine letzte Verhandlung zu führen.
O.K., Das war für uns nun die Möglichkeit aus dieser Verhandlung noch ein Ersatzprojekt herauszuholen.
Aber bevor es zu dieser letzten Verhandlung kam, wurden wir von der WIP gelinkt, und sind um 15.30 von massivem Polizeiaufgebot (2j 0 Bullen auf eineN BesetzerInnen!!!) geräumt worden.
aba ädschi bädschi 2 sind übas Dach geflüchtet und konnten somit eurer dummen PERSO-Kontrolle entwischen! Mensch hat uns 4 (!) 1 zimmerwohnungen für 15 (!) Leute 3 hunde und 3 Ratten zur vorrübergehend zur verfügung gestellt werden. Davon sind 3 Wohnungen mit Schimmelpilz und Bauschutt versifft.

DESHALB FORDERN WIR :
- Für unsere Projekte und Ziele ein angemessenes Gebäude.
- Straffreiheit für alle von der Polizei registrierten BesetzerInnen.
- Wohnraum für alle!!!

WIR GEBEN NICHT AUF!!! ++++++ IHR HÖRT VON UNS.

Da wir Kopierkosten, Fax, Porto usw. Kosten haben wären Spenden erbeten.

Spendenkonto K-71; KntNR: 756342-106; BLZ 10010010 Postbank Bärlin

P.S. Flugi aushängen oder weiterverteilen
FÜR EINE BREITE ÖFFENTLICHKEIT

SUBVERSIVE GRÜSSE AN ALLE ANTISOZIALEN PERSONEN !!

Wir sind ein paar Leute des CAMPI[1] aus Barcelona, und wollen, da wir gerade hier sind, euch erklären, wie die Situation im spanischen Staat (örlx) aussieht,und welche Schlußfolgerungen aus einer Tagung von Gruppen aus der Bewegung für Totalverweigerung(IT[2]) gezogen wurden. Die Tagung fand vor kurzem in Valencia statt.
Eine kurze Erklärung: Diese Bewegung setzt sich aus verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichen ideologischen Tendenzen zusammen:
MOC[3]: Gruppen, die gegen Gewalt und basisdemokratisch sind, und in fast allen größeren Städten Spaniens ihren Sitz haben.
MILI KK : stehen in Verbindug mit der LCR/UC[4]. Es ist bekannt, daß sie Anordnungen der Partei erhalten, und eine politische Rentabilität anstreben. Es gibt in dieser Hinsicht Ausnahmen,wie z.B. MILI KK von Nou Barris, Barcelona.
Anarchistische, autonome und libertäre Gruppen: sie arbeiten basisdemokratisch und sind auch in anderen Bereichen des sozialen Kampfes tätig, Gruppen fast überall in Spanien.
Gruppen von Verfechtern der Unabhängigkeit (vor allem des Baskenlandes und Kataloniens vom spanischen Staat): sie sind gegen die spanische, nicht aber gegen eine baskische oder katalanische Armee.

Alle diese Gruppen arbeiten nach ihren Vorstellungen an der Verweigerung, und je nach dem, wie radikal diese sind, sind sie mehr oder weniger der Repression des Staates ausgesetzt.
Der antimilitaristische Kampf existiert schon immer. Während des Bürgerkrieges gab es zwei Kolonnen von basisdemokratisch funktionierenden Milizen, d.h. ohne Hierarchien, Befehle o.ä..Als auf Druck der UdSSR, versucht wurde, diese Kolonnen zu militarisieren, desertierten die Milizsoldaten massenweise und gingen in die Berge, wo sie die sog. Maquis (Guerillagruppen, die lange gegen Franco und Hitler kämpften) gründeten.
Wir mögen Pazifisten sein, aber keine Idioten, die Sache mit "wenn sie dich schlagen, halte die andere Wange auch noch hin", lassen wir den Christen.

1989 gab es eine sehr starke Kampagne der MOC, die die Verweigerung aus Gewissensgründen förderte.Diese hatte großen Erfolg, mehr als 28000 Personen wurden vom CNOC[5](staatl. Institution, die sich damit beschäftigt, über unsere Gewissen zu richten und zu entscheiden, wer aus Gewissensgründen verweigert und wer nicht) anerkannt. Mit diesem Anstieg der Gewissensgründe konfrontiert, erließ der Staat das LOC[6], regelte damit die Situation, und begründete die PSS[7].
Zur PSS ist zu sagen, daß wir absolut dagegen sind, es ist eine Verpflichtung dem Staat gegenüber mit den gleichen hierarchischen, sexistischen,... Strukturen. Es ist eine Erpressung, eine Strafe dafür, nicht zum Militär zu gehen, und füllt soziale Lücken, die mit den Ausgaben für das Militär abgedeckt werden könnten. Es werden Tausende von unmotivierten Personen ohne berufliche Qualifikation eingestellt, die keinen Lohn erhalten. Dadurch werden Arbeitsplätze vernichtet und es wird auf gewerkschaftlichen Rechten herumgetrampelt, deren Durchsetzung viele Anstrengungen und Tote gekostet hat.

1990, als der Zivildienst eingeführt war, vollzog der Staat eine Amnestie der 28000, zwang die nachfolgenden Verweigerer aus Gewissensgründen zu dieser neuen Strafe und so entstanden die Begriffe "Insumision, Insumiso"[8]. Durch diese Bezeichnungen wollen wir auch deutlich machen, daß wir selber entscheiden, ob wir Verweigerer aus Gewissensgründen sind. Wir bringen damit auch das CNOC in Verruf, denn niemand hat das Recht, über das Gewisses eines anderen zu richten.Zu diesem Zeitpunkt war die Sympathie der Bevölkerung für uns sehr stark. Wir hatten es durch unsere hartnäckigen Aufklärungskampagnen geschafft, daß die Armee an Prestige verlor, wodurch diese unbequem wurde. Das veranlaßte den Staat dazu, neue Saiten aufzuziehen.
1990 war unsere Strategie, daß mehrere Insumisos sich gemeinsam bei der Militärverwaltung einfanden. Diese übt normalerweise selektiv Druck aus, und kann nicht Hunderte auf einmal einknasten. Es wurden Kundgebungen zu unserer Unterstützung, Demos, Besetzungen, Knastspaziergänge und andere Aktionen veranstaltet. In Barcelona z.B. beschäftigte sich eine Gruppe von Leuten mit der Verteilung von Flugblättern mit der Information, daß im Stadt-

1, CAMPI: Colectivo Antimilitarista por la Insumisión (Antimilitaristisches Kollektiv für die Insumisión
2,IT: Insumisión Total (Totalverweigerung)
3, MOC: Movimiento Objección de Conciencia (Bewegung Verweigerung aus Gewissensgründen)
4, LCR/UC: Heute Izquierda Alternativa (alternative Linke) Kommunistische Partei mit trotzkistischen und anarchistischen Tendenzen

teil ein Faschist wohne ("El juez Izquierdo, el juez mas cerdo!" = Der Richter Izquierdo, der schweinischste Richter - er ließ in einem Jahr in Barcelona 50 Insumisos einknasten). Sein Haus wurde angesprüht und er wurde per Telefon bedroht.
Die Strafen des Militärgerichts bewegen sich zwischen einem und sechs Jahren, wobei die Mehrheit der Verweigerer sich in Untersuchungshaft befinden. Die bisher längste Haftstrafe betrug eineinhalb Monate, danach wurde der Betroffene auf Bewährung entlassen.

1991 fanden die ersten Gerichtsverhandlungen statt (in Militärgerichten). Zwei der Verweigerer wurden verurteilt (Hinojosa, der anarchistische Ideen vertritt und Moragriega, Kommunist). Hier gab es einen Bruch wegen ideologischen Fragen, denn Hinojosa, der seinen libertären Ideen treu blieb, war dazu bereit, sich zu verstecken, um dem Knast zu entgehen, während Moragriega sich stellte. Dieser Bruch gibt Anlaß dazu, die Insumision auf zwei verschiedene Arten zu verstehen.
Die einen erscheinen weiterhin bei den Gerichtsverhandlungen, die anderen währendessen nicht, also können sie natürlich auch nicht eingesperrt werden (solange sie nicht erwischt werden,z.B. von einer der nicht gerade seltenen Polizeikontrollen auf der Straße, Anm. der Übers.).Letzteres ist, was wir Totalverweigerung nennen, um die Worte "Ni mili, ni PSS, ni carcel" (= Weder Militär, noch Zivildienst, noch Knast) zusammenzufassen.

1991...1992 Gegen Ende des Sommers 1991, kurz nach dem Golfkrieg, erreicht die Armee einen Höhepunkt an Prestigeverlust. Darum stellte der Staat vorübergehend alle Gerichtsverfahren ein und geht dazu über, uns in Zivilverfahren zu verurteilen. Auf diese Weise werden die Militärs davon befreit, was den Zweck haben soll, daß die Bevölkerung uns als gewöhnliche Kriminelle sehen soll und nicht als Verfechter einer Ideologogie mit allen Konsequenzen. Der Staat stellte alle Prozesse für ein Jahr ein, wodurch wir in die Falle stolperten, nicht zu wissen, was wir tun sollen, weil die Repression und die Aktivität fehlte.
Nach dieser Pause und unserer Verurteilung durch Zivilgerichte ist die Situation folgendermaßen: Gegenwärtig sind ungefähr 300 der 4000 Verweigerer verurteilt worden. Die Strafen sind sehr ungleich, manche kamen in den Knast (Strafen von mehr als einem Jahr und einem Tag) andere nicht (Strafen von weniger als einem Jahr, d.h. Bewährung), es gab auch Freisprüche und Strafen, die auf Gefängnis lauten, aber nicht vollzogen werden,etc. Die Repression durch Gefängnisstrafen konzentriert sich in Navarra mit etwa 50 Gefangenen.
Die Justiz ist momentan zerrüttet, die Militärs haben sich aus der Affäre gezogen und viele Richter wollen uns nicht ins Gefängnis stecken, andere fühlen sich unwohl wegen dem Druck, dem sie unterliegen und der sie zwingt, ihre eigenen Gesetze zu brechen. Es ist sehr seltsam, daß für das gleiche Delikt manche in den Knast müssen und andere nicht.(Alle nach draußen!!)

Eins wollen wir klarstellen: Wir Totalverweigerer erklären uns zu Kriminellen, wenn all das, was gegen den Staat und dessen Kapital gerichtet ist, als kriminell gilt.
Wir, die IT, weigern uns aus verschiedenen Gründen, zu den Gerichtsverhandlungen zu erscheinen:

- Weil sie eine Farce sind: die Urteile stehen schon im Voraus fest.
- Weil eine Pseudoamnestie stattfindet: Durch die Freisprüche und Verurteilungen zu Strafen, die keine Haft bedeuten, erreichen sie, daß viele der Verweigerer, die von der Situation nicht mehr betroffen sind, jene vergessen, die im Knast sind. Unsere Sache ist ein Kampf und kein Verein zur Förderung des Drückebergertums und der Insolidarität!
- Weil uns die Arbeit gegen die Unterdrückung Zeit kostet, die wir besser dafür verwenden, uns auf den Antimilitarismus zu konzentrieren.
- Weil die Verhandlungen dazu benutzt werden, mögliche neue Verweigerer ababzuschrecken.
- Weil wir nicht vorankommen können und die Bevölkerung Verweigerung mit Knast gleichsetzt, obwohl dies nicht stimmt: Etwa 200 der 4000 kamen in Haft und ihre Strafen sind im Allgemeinen niedrig.

5, CNOC: Consejo Nacional Objección de Conciencia (Nationale Institution für Verweigerung aus Gewissensgründen)
6, LOC: Ley Objección de Conciencia (Gesetz zur Verweigerung aus Gewissensgründen)
7, PSS: Prestación Social Substitutoria (Zivildienst)

Es gibt noch viel mehr Gründe, aber der Wichtigste ist, daß wir diese Gesellschaft verändern ~~wollen~~. Der Staat stützt sich auf das Militär, aber die Rolle der Justiz ist nicht weniger wichtig. Auf sie!!
Der Zivildienst ist ein übler Zug, der uns Land abgewinnt. Der Staat hat 1993 erreicht, 30 000 Stellen zu schaffen, wobei es 80 000 Anwärter gibt. Obwohl die Situatin dem Staat über den Kopf zu wachsen scheint, ist er durchaus fähig, auch die fehlenden Stellen für den Zivildienst zu beanspruchen.
Wir verachten diese "Verweigerer aus Gewissensgründen" bis ins Letzte, die den Zivildienst leisten, um sich vom Militär freizumachen, und die keinen Kampfgeist haben, die den Staat mit seinen Unterdrückungsmethoden auch noch unterstützen. Ein "Ole" den 1000 Zivildienstleistenden, die von ihren Arbeitsplätzen desertiert sind und die von den "Medien zur Information und Kontrolle der Massen" verschwiegen wurden (Es geht ja nicht, daß dieses Beispiel sich verbreitet).

Damit sie uns nicht verdrängen können, müssen wir:

- Das antimilitaristische Konzept verbreiten, denn das Berufsheer wird Realität werden und wir müssen darauf vorbereitet sein, damit sie es uns nicht als Friedenstruppen verkaufen können, so wie die UNO (Ha,ha). Wir müssen ihre wahre Natur, nämlich die der Repression (s. Somalia, Jugoslavien Irak, usw.), entlarven.
- Über alle Unternehmen, die Arbeit für Zivildienstleistende haben (ONCE, Rotes Kreuz) und darüber, was sie repräsentieren, aufklären. Um zu verhindern, daß sie weiterhin Zivildienstleistende einstellen, müssen wir sie boykottieren und sabotieren.
- Vom Untergrund aus arbeiten, um dem Staat die Dinge zu erschweren. Im Untergrund kann jede/r machen, was sie/er will, es ist (z.Zt.) nicht nötig, wie ein Maulwurf zu leben, wir müssen neue Widerstandskreise zu unserer Unterstützung schaffen.

Z.Zt. gibt es im spanischen Staat 35, die in den Untergrund gegangen sind aber gemäß den Verhandlungen, die im Laufe der Zeit stattfinden, werden wir wir viel mehr sein.

Bei der Tagung in Valencia wurden einige koordinierte Aktionen konkretisiert.

28.12.93 (Internationaler Tag der Verweigerer aus Gewissensgründen): Es wurden an verschiedenen Orten der Halbinsel Boykotts und Sabotageaktionen gegen Unternehmen, die ZDLs einstellen, vorgenommen.
3.1.-13.1.94: Aktionstage zur Unterstützung der Insumisos, die den 3. Grado brachen.
3. Grado: Der Staat hat, um uns zu zeigen, wie gut er ist und weil die Bevölkerung es so ungern sieht, daß wir eingesperrt werden, ein Gesetz herausgebracht, nach dem wir als ungefährliche Gefangene eingestuft werden. Das bedeutet, daß wir, wenn wir die Haft antreten, die Strafe nur nachts absitzen müssen und tagsüber frei herumlaufen dürfen. Eines Abends gingen 45 Insumisos nicht zurück, (sondern trafen sich an öffentlichen Plätzen, Anm. der Übers.), und jetzt hat der Staat ihnen dieses "angebliche Geschenk" weggenommen. Jetzt erheben sich viele Stimmen, die fordern, daß sie uns nicht einsperren, sondern uns nur von öffentlichen Ämtern ausschließen.
Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Worte des Señor Asuncion (neuer Innenminister), berühmt für seine Grausamkeit als er Direktor der spanischen Strafanstalten war (z.B. verantwortlich für die Verlegung von ETA-Gefangenen in Gefängnisse, die möglichst weit weg von ihren Heimatorten lagen, was in Spanien eigentlich ungesetzlich ist). Dieser Señor hat gesagt, daß wir Insumisos mit der ETA zusammenarbeiten.



P.S. Wenn ihr weitere Information über dieses endlose Thema haben wollt: C.A.M.P.I.
c/ PERILL 52
08012 BARCELONA
Gesundheit und Antimilitarismus!

8, Insumiso, Insumisión:
-Insumiso a la mili ist, wer auf Musterungs- oder Einberufungsbescheid nicht reagiert, nicht zu verwechseln mit "objector de conciencia" (Verweigerer aus Gewissensgründen), welcher auf legalem Weg verweigert und dann Zivildienst machen muß, wenn er anerkannt wird.
-Insumiso a la PSS ist, wer als Verweigerer aus Gewissensgründen anerkannt wurde und sich dann weigert, den Zivildienst anzutreten.
-Insumision ist die Verweigerung auf diesem Weg, im Gegensatz zur Verweigerung aus Gewissensgründen, die der Staat vorschreibt, diese letztere fällt nicht unter den Begriff "Insumisión".

Es könnte auch uns passieren !?

Kurz nach dem Plenum erreichten die JUMP grausame Nachrichten:

Ein Haus in Güstrow (in Mecklenburg-Vorpommern = MVP) wird bewohnt von einer Familie und acht Jugendlichen in einem alternativen Wohnprojekt. Das Haus hat ein Verein namens "Die Alternativen e.V." von der Stadt Güstrow für zehn Jahre gepachtet. Das Haus ist also keinesfalls besetzt oder illegal bewohnt o.ä.

Mittwoch, 2. Februar, 6.00 morgens:

SEKs (Sondereinsatzkommandos) des Landeskriminalamtes MVP stürmen unter vermutlicher Beteiligung des Bundeskriminalamtes ohne Vorwarnung das Gebäude. Dabei wird äußerst brutal vorgegangen: Türen werden eingetreten oder mit Motorsägen aufgebrochen, ohne daß jemandem überhaupt die Chance bleibt, seine Tür freiwillig zu öffnen. Das SEK hat übrigens nur Durchsuchungsbefehle für zwei der acht aufgebrochenen Wohnungen. Ein Bewohner, der versuchte, der Polizei die Tür zu öffnen, wird von Beamten im wahrsten Sinne des Wortes überrannt und dabei verletzt. Außerdem müssen die BewohnerInnen in leichter Bekleidung (frisch aus dem Bett) zwei Stunden auf dem kalten Flur ausharren, während ihre Wohnungen auf den Kopf gestellt werden. Trotz Bitte eines Hundebesitzers, seinen Hund in den Zwinger auf dem Hof zu bringen, wird das verängstigt in der Ecke sitzende Tier mit zwei Schüssen gezielt niedergestreckt.

Wohnungen anderer Jugendlicher aus Güstrow, die bei ihren Eltern wohnen, und der alternativen bzw Umweltszene Güstrows zuzurechnen sind, werden ebenfalls auf den Kopf gestellt, (hier allerdings mit korrekten Durchsuchungsbefehlen) wobei es zu Beschlagnahmung von Kleidungsstücken, Videos, Schriftstücken, Disketten und Computerdruckern kommt.

Eine Mutter, die sich bei der Polizei über die Vorgehensweise beschwert, ("Ich fühle mich an die Nazi-Zeit und die SS erinnert!") hat jetzt eine Anzeige wegen Beamtenbeleidigung am Hals.

Im Verlauf der Aktionen werden acht Personen festgenommen, sieben davon nach Verhören freigelassen. Ihnen wird erst auf der Wache der Durchsuchungsbefehl gezeigt und der Grund für ihre Verhaftung genannt. Sie werden zu keinem Zeitpunkt über ihre Rechte belehrt.

Der eine Mensch, der heute (am 7.2.) noch in Untersuchungshaft sitzt, teilt eine Zelle mit zwei Rechtsradikalen. Seinem Flehen nach Einzelhaft wurde nicht stattgegeben, so daß er weiterhin den Schikanen der Rechtsradikalen ausgesetzt ist.

Als rechtliche Grundlage für die ganze Aktion wird der §129a StGB angegeben: "Verdacht auf Unterstützung, Aufbau oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"

Dieser Paragraph wird gern gegen die linke Szene eingesetzt, in den letzten drei Jahren hingegen nur viermal gegen rechte Gewalttäter (nicht einmal beim Brandanschlag in Mölln!!!), so daß mensch sich natürlich fragt, wo die Verhältnismäßigkeit bleibt, wenn den betreffenden Personen lediglich vier Sachbeschädigungsdelikte (z.B. Brandanschlag auf einen Geldautomaten, 16 kaputte Scheiben bei einem Mercedes-Händler, nächtliches Zerschießen einer Scheibe beim Amtsgericht usw.) zur Last gelegt werden.

Ein Rechtsanwalt ist bereits eingeschaltet, Lantagsabgeordnete werden angesprochen, daß sie eine Anfrage im Landtag stellen (bei genügend öffentlichem Druck könnte daraus ein Untersuchungsausschuß werden), eine Presseoffensive hatte bisher wenig Erfolg:

Der NDR brachte einen Bericht über Kürzung von Geldern für die Jugendarbeit in Güstrow, in dem der Vorfall sehr am Rande auftauchte, eine Zeitung brachte auf ihrer Güstrower Regionalseite bisher zwei Artikel, in einer Schweriner Zeitung war ein Artikel und der SPIEGEL-Redakteur für MVP sagte, er wisse nicht, ob man da eine Story draus machen könne, er komme vielleicht mal vorbei, vielleicht aber auch nicht, er habe einen vollen Terminkalender.

Falls Euch noch irgend etwas einfällt, was getan werden kann, um mehr öffentlichen Druck zu machen, unbedingt die Informationen weitergeben oder sich schnellstens bei folgender Adresse melden:

JAZ, August-Bebel-Str. 92, 18055 Rostock, Tel. 0381 / 45 43 10 oder 0381 / 493 47 68

Abgehauen!

Dietrich, Berliner Totalverweigerer, der sich am 17.01.94 den Militärbullen gestellt hatte, ist nach 24 Tagen Militärarrest aus der Kaserne abgehauen.

Wie wir in einer der letzten Ausgaben schon berichtet haben, wurde Dietrich nach seiner Festnahme zunächst nach Rostock zum Marinesicherungsbatallion gebracht. Nach Verweigerung der Uniform und ärztlicher Untersuchung wurden ihm 7 Tage Arrest aufgebrummt, die im Luftwaffenstützpunkt in Laage (Meckl.Vorpomm.) absitzen mußte. Danach brachten die Militärbüttel Dietrich wieder nach Rostock. Da er immer noch nicht bei der "starken Truppe" mitmachen wollte, gabs die nächsten zwei Wochen Arrest, diesmal in Plön in Schleswig-Holstein.

Daraufhin organisierte eina Gruppe von UnterstützerInnen eine Kundgebung in Plön. Auch hier, wie schon bei der Kundgebung in Laage, zeigte sich die Truppe kampfbereit und rüstete sich mit Wasserschläuchen und scharfer Munition, während die Bullen draußen die Kundgebung einkesselten und das Mega beschlagnahmten.

Die bisher letzte Etappe seiner Bundeswehrtournee erreichte Dietrich am Mittwoch, den 9.02. auf dem Schießplatz in Putlos (bei Oldenburg in Holstein), wo seine 'Kameraden' zur Schießausbildung waren. Am nächsten Tag sollte gegen ihn der nächste Arrest vollstreckt werden, diesmal für drei Wochen. Die Oliven paßten nicht richtig auf (müde und taub vom vielen Rumballern), so daß Dietrich in der Nacht über den Zaun abhauen konnte. Weg isser.

Inzwischen haben sämtliche Kommandeure aus Mecklenburg-Vorpommern abgelehnt, Dietrich in ihren Kasernen in Arrest zu nehmen. Katzmartzyk (der Rostocker Kommandeur) mußte die Entscheidung über den nächsten Arrestort an das Territorialkommando Ost in Straußberg abgeben.

Bisher waren der Widerstand von Dietrich im Knast und die Aktionen draußen ein voller Erfolg. Katzmatz wird täglich mit Briefen, Faxen und Anrufen genervt, die bloße Anwesenheit Dietrichs in den Kasernen verbreitet Unruhe unter den Oliven, seine Vorgesetzten wissen nicht, wie sie mit ihm umgehen sollen und müssen einen Haufen Beschwerden von ihm bearbeiten und die Kommandeure der Arrestkasernen kommen durch die Kundgebungen auch am Wochenende nicht nach Hause. Auch die regionalen Medien zeigten einiges Interesse, so daß der Fall im Norden auch bekannt ist, was der Bundeswehr furchtbar peinlich ist. Es lohnt sich also, in die Kasernen zu gehen und den Oliven Streß zu machen.

Wie gehts weiter? Katzmatz hat einerseits die Schnauze voll und will mit seinen Jungs lieber wieder in Ruhe marschieren und rumballern. Daher wäre er Dietrich lieber los. Andererseits muß er seinen Kommandeurkumpels auch zeigen, daß er richtig hart durchgreifen kann, also Dietrich weitere (?) Wochen in den Arrest stecken.

Dietrich und die Anti-Wehrsport-Gruppe lassen sich von Katzmatz und Consorten jedenfalls nicht in die Defensive drängen ...

Fortsetzung folgt.

„denn in uns zieht die Hoffnung mit"

Bericht mit Dia-Vortrag des ehemaligen Sachsenhausenhäftlings Wolfgang Szepansky

am 18. Februar 1994 um 20°° Uhr

im EX-Mehringhof Gneisenaustr. 2a

(U-Mehringdamm)

Eintritt frei

SOLIPARTY FÜR DIE INHAFTIERTEN ANTIFAS

FR 18.2.

GRÜNBERGERSTR. 73

FRIEDELHAIN

Babylonia

im Kerngehäuse Cuvrystraße 20 · 1000 Berlin 36 ☎ (030) 6116089

ANTISEMITISMUS

in der

SLOWAKEI

nach 1989

Vortrag hält

Zuzana Finger

über tägliche Angriffe,
Auftauchen antisemitischer Literatur

am 18.02.94. Freitag um 18.00 Uhr

Demonstration

S-Bahnhof Pinneberg

Samstag, 19.2.1994, 10.30 Uhr

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die türkischen und kurdischen Jugendlichen in Pinneberg!

SAG NIEMALS NIE!

UND FEIER DEN FÜNFTEN JAHRESTAG DER BESETZTEN HÄUSER MARCHSTRASSE/ EINSTEINUFER

19. FEB AB 21 UHR

MIT MUSIK, BIER, ESSEN, TANZ UND BESETZERINNEN-WEITWURF

Niedersachsen/Wolfenbüttel

Landesweite Demonstration gegen Abschiebehaftanstalt

Samstag, der 19. Februar 1994, 11.00 Uhr Schloßplatz

Antifaschistisches Kino im CLASH,
U-Bankstraße oder U-Nauener Platz
Uferstraße 13, Wedding,

Dienstag 22. Febr.

WEDER ARBEIT, NOCH FAMILIE, NOCH VATERLAND.

(Merkwürdiger Titel aber inhaltlich SEHR GUT!!!)

Tagebuch einer FTP-MOI Brigade, Toulose 1942-1944

Internationalistische Brigade in Frankreich, deren FrauenLesben und Männer im bewaffneten Widerstand gegen deutsche Faschisten und französische Kollaborateure gekämpft haben. Überlebende berichten in vielen Einzelheiten über Planung, Strategien und Durchführung einzelner "Aktionen".

CLASH

Stop The Clause

40 min, BRD 1989

Im Mai 1988 trat in Großbritannien die Bestimmung "Clause 28" in Kraft. Sie verbietet Lokalverwaltungen, Homosexualität in irgeneiner Form zu befürworten oder zu Unterstützen. Das Video beschreibt den begonnen Kampf gegen diese Diskriminierung in England und die Solidaritätsaktionen hierzulande. Und es werden parallelen aufgezeigt. In Bayern wurden 1987 Lesben und Schwulengruppen die Gemeinnützigkeit abgesprochen.

21.00 Do, 24.2. (Frauen / Lesben Tag)

21.00 Mo, 28.2.

المعتقلون يواجهون القمع الصهيوني
الحرية
لرواد فجر الإستقلال

Les détenus confrontent la repression sioniste

Libérez les pioniers de l'indépendance

Detainees Facing Zionist Repression

Free the Pioneers of Independence

MARC RUDIN/JIHAD MANSOUR

PALASTINA-PLAKATE 1979-1991

Die Ausstellung findet vom 10. bis 23. Februar 1994 im ACUD

---

26. Februar 1994 - BUNDESWEITER AKTIONSTAG FÜR DIE FREIHEIT VON IRMGARD MÖLLER



